



ANDRÁSSY  
UNIVERSITÄT  
BUDAPEST

**ANDRÁSSY BEITRÄGE**  
*der Fakultät für Internationale Beziehungen*

Anne Karbe, Daniel Klein und Tatjana Sakschewski

**Die Politische Elite der Schweiz**

**Nr. 6**

**2012**

## **Ziel**

Die Andrassy Beiträge der Fakultät für Internationale Beziehungen dienen der stärkeren Verknüpfung von Lehre und Forschung. Sie bieten Forschern und Studierenden der Andrassy Universität die Möglichkeit, qualitativ hochstehende Arbeiten aus den Bereichen der Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft und Diplomatie zu publizieren und damit einem grösseren Fachpublikum zugänglich zu machen. Die Qualität der Beiträge wird vom Herausgeberkomitee sichergestellt.

## **Herausgeberkomitee**

Prof. Dr. Ellen Bos

Prof. Dr. Martina Eckardt

Prof. Dr. Dietmar Meyer

Prof. Dr. Stefan Okruch

Dr. Zoltán Tibor Pállinger

Dr. Dr. Dietrich F. Pohl

ISSN: 2063-9414

URL: <http://www.andrassyuni.eu/forschung/publikationen/andrassy-beitrg-e-der-fakultt-fur-internationale-beziehungen>

Diese Forschung konnte mit Unterstützung des ungarischen Staates und der Europäischen Union, in Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds, durch die im Rahmen des Projektes TÁMOP 4.2.4.A-1 ausgeschriebene Stipendienförderung verwirklicht werden.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Inhaltsverzeichnis.....</b>	<b>4</b>
<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>5</b>
<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>6</b>
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>7</b>
<b>1.1 Das politische System der Schweiz.....</b>	<b>7</b>
<b>1.2 Gegenstand der Untersuchung und Datenerhebung.....</b>	<b>9</b>
<b>2. Parteien und Rekrutierung.....</b>	<b>11</b>
<b>2.1 Das Schweizer Parteiensystem allgemein.....</b>	<b>12</b>
<b>2.2 Parteienprofile und Rekrutierung .....</b>	<b>14</b>
<b>2.3 Fazit zu Parteien und Rekrutierung.....</b>	<b>19</b>
<b>3. Verbleib ehemaliger Mandatsträger .....</b>	<b>20</b>
<b>3.1 Vorgehen und Auswertung der Daten.....</b>	<b>20</b>
<b>3.2 Methodendiskussion.....</b>	<b>22</b>
<b>3.3 Strukturen und Institutionen .....</b>	<b>23</b>
<b>3.4 Zwischenfazit .....</b>	<b>25</b>
<b>4. Die Bundesversammlung – ein Milizparlament?.....</b>	<b>26</b>
<b>4.1 Definition.....</b>	<b>26</b>
<b>4.2 Rahmenbedingungen.....</b>	<b>27</b>
<b>4.3 Umgang mit den Rahmenbedingungen .....</b>	<b>28</b>
<b>4.4 Rollenverbindungen .....</b>	<b>29</b>
<b>4.5 Individuelle Professionalität vs. Milizparlament.....</b>	<b>30</b>
<b>5. Fazit.....</b>	<b>33</b>
<b>6. Quellen.....</b>	<b>34</b>
<b>6.1 Printquellen.....</b>	<b>34</b>
<b>6.2 Internetquellen.....</b>	<b>35</b>
<b>6.3 Rechstexte.....</b>	<b>36</b>

**Abbildungsverzeichnis**

**Abbildung 1:** Die Fraktionen auf der Links-Rechts-Achse in der Schweiz (Legislaturperiode:  
2007-2011).....S. 14

## **Tabellenverzeichnis**

<b>Tabelle 1:</b> Wahlergebnisse in Prozent und Anzahl an Mandaten nach Parteien (Nationalrat, Werte gerundet).....	S. 11
<b>Tabelle 2:</b> Berufsverteilung bei der SVP.....	S. 14
<b>Tabelle 3:</b> Berufsverteilung bei der SPS.....	S. 15
<b>Tabelle 4:</b> Berufsverteilung bei der FDP.....	S. 16
<b>Tabelle 5:</b> Berufsverteilung bei der CVP.....	S. 17
<b>Tabelle 6:</b> Berufsverteilung bei der GPS.....	S. 18
<b>Tabelle 7:</b> Auswirkung verschiedener Variablen auf die Professionalität eines Parlaments im OECD-Vergleich.....	S. 31

# 1. Einleitung

## 1.1 Das politische System der Schweiz

Das politische System der Schweiz gilt in vielerlei Hinsicht als Besonderheit. Es ist gekennzeichnet durch einen stark ausgeprägten Föderalismus und der damit verbundenen Autonomie von Kantonen und Gemeinden, was dazu führt, dass das schweizerische politische System weder als rein präsidial noch als parlamentarisch klassifiziert werden kann: Zwar wird es formell den Kriterien eines präsidentiellen Systems gerecht, da die Regierung nicht durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht werden kann und die Regierung das Parlament nicht auflösen kann, allerdings wird die Macht der Regierung wiederum durch das Konkordanzprinzip (s.u.) und ein System der *checks and balances* beschränkt. Da es sich bei der Regierung um ein kollegiales, nicht-hierarchisches Organ handelt, ist sie wohl treffender als Direktorialregierung zu bezeichnen.<sup>1</sup>

Es gibt auf allen Ebenen Parlamente. Auf Bundesebene ist die Bundesversammlung als ein Zweikammerparlament angesiedelt. Hierbei dient der Nationalrat als Volksvertretung und der Ständerat als Vertretung der Kantone. Weiterhin stehen den Bürgern wichtige Instrumente der direkten Demokratie zur Verfügung: Volksinitiativen können auf Änderungen in der Verfassung hinwirken und Referenden können den Erlass von Gesetzen verhindern.<sup>2</sup> Ein weiteres Merkmal ist das Konkordanzprinzip: In der Schweiz gibt es keine klare Aufteilung nach Regierungsmehrheit und Opposition. Die Konkordanz sieht das Zusammenarbeiten der vier größten Parteien in der Regierung vor, wobei diese kein gemeinsames Regierungsprogramm vorlegen müssen. Es ist eher ein Zusammenspiel dieser Parteien, in der abwechselnd die Rolle der Opposition übernommen werden kann.<sup>3</sup>

Kennzeichnend für das politische System ist weiterhin das Milizprinzip, das in der Schweiz eine lange und tief verwurzelte Tradition hat.<sup>4</sup> Dabei werden öffentliche Aufgaben nebenberuflich ausgeübt<sup>5</sup> und nicht wie in den meisten anderen Ländern (z.B. auch in Ungarn oder Deutschland) hauptberuflich. Die Mitglieder der Schweizer Bundesversammlung sind demnach keine Berufspolitiker. Dies trifft aber auch auf Mandate in den Parlamenten der Kantone und Gemeinden

---

<sup>1</sup> Vgl.: Linder (2009), S. 570.

<sup>2</sup> Vgl.: Lüthi (2002), S. 133f.

<sup>3</sup> Vgl.: ebd.

<sup>4</sup> Vgl.: Swissworld (o. D.)

<sup>5</sup> Vgl.: Schmidt (2004), S. 605.

zu. Eine Vergütung wird nicht bzw. nur teilweise gewährt.<sup>6</sup> Diese Tatsache erschwert es gerade kleinen Gemeinden, Interessenten für politische Ämter zu finden.<sup>7</sup>

Eine der Fragen, der im Rahmen dieser Arbeit diesbezüglich nachgegangen werden soll, zielt darauf ab, ob die Schweizer Bundesversammlung dem Anspruch eines Milizparlaments gerecht wird und wie professionell es arbeitet (siehe Kapitel 4).

Die politische Elite wurde hierbei anhand des Positionsansatzes der Elitenforschung identifiziert. Dieser besagt, dass sich die Mitglieder der politischen Elite dadurch auszeichnen, dass sie hohe öffentliche Ämter bekleiden und in den Gesetzgebungsprozess involviert sind. Konkret ist die Elite „die Gruppe der Inhaber der höchsten Positionen in bestimmten organisatorischen Hierarchien“<sup>8</sup>. Diesem Ansatz folgend, bestünde die politische Elite aus den höchsten Vertretern der Judikative, der Exekutive sowie der Legislative. Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die politische Elite der Legislative, die zunächst alle Mitglieder der Bundesversammlung umfasst. Die Schweiz hat, wie bereits erwähnt, ein Zweikammer-Parlament, das sich aus dem Nationalrat und dem Ständerat zusammensetzt. Beide Räte haben identische Kompetenzen.<sup>9</sup> Durch die Vertretung des Volkes sowie der Kantone werden die zwei Grundprinzipien des schweizerischen Staatsaufbaus deutlich<sup>10</sup>: Es wird zum einen dem demokratischen Prinzip gefolgt, in dem alle Stimmberechtigten das gleiche Gewicht haben und zum anderen dem föderalistischen Prinzip, das die Gleichheit aller Kantone betont. Beide Kammern werden vom Volk direkt gewählt, der Nationalrat nach einheitlichen eidgenössischen Regeln und der Ständerat nach Bestimmungen, die vom jeweiligen Kanton festgelegt werden.<sup>11</sup>

Der Nationalrat ist die große Kammer des schweizerischen Parlaments und zählt 200 Mitglieder.<sup>12</sup> Die Zahl der Abgeordneten eines Kantons richtet sich nach seiner Bevölkerungsgröße, wobei aber jeder Kanton durch mindestens einen Abgeordneten im Nationalrat vertreten sein muss.<sup>13</sup> Die Mandatsverteilung im Nationalrat erfolgt somit gemäß dem System der Proporzwahl, da die Mandate proportional zu den erhaltenen Stimmen verteilt werden. In der Praxis bedeutet dies, dass zunächst alle Stimmen ausgezählt werden, die eine politische Partei für sich verbuchen konnte und

---

<sup>6</sup> Vgl.: Linder (1999), S. 73f.

<sup>7</sup> Vgl.: Swissworld (o. D.).

<sup>8</sup> Wasner (2006), S. 19.

<sup>9</sup> Vgl.: Linder (1999), S. 195.

<sup>10</sup> Vgl.: BUKU (2012), S. 24.

<sup>11</sup> Vgl.: ebd.

<sup>12</sup> Vgl.: Lüthi (2002), S. 134f.

<sup>13</sup> Vgl.: BUKU (2012), S. 24.

dementsprechend dann die Anzahl der Sitze im Nationalrat an die betreffende Partei zugeteilt werden. Innerhalb der Partei gelten dann ebenfalls die Kandidaten mit der höchsten Anzahl an Stimmen als gewählt. In den kleinen Kantonen, welche nur einen Sitz im Nationalrat haben, finden Majorzwahlen statt – Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen, unabhängig von der politischen Partei der er angehört.<sup>14</sup>

Mit insgesamt 46 Sitzen ist der Ständerat die kleine Kammer der eidgenössischen Bundesversammlung. Hier entsendet jeder Kanton zwei Abgeordnete, wobei jeder Kanton nur eine Stimme hat. Die ehemaligen Halbkantone werden heute ebenfalls nur noch als Kantone bezeichnet, entsenden aber nur einen Abgeordneten und haben jeweils nur eine halbe Stimme.<sup>15</sup> Das Wahlprinzip für den Ständerat unterliegt den Bestimmungen der Kantone.<sup>16</sup> In den meisten Kantonen erfolgt die Wahl ebenfalls gemäß Majorzprinzip (Ausnahmen bilden lediglich die Kantone Jura und Neuenburg<sup>17</sup>). Nachteil bei der Majorzwahl ist, dass erfahrungsgemäß große Parteien und im Kanton bekannte Persönlichkeiten bevorzugt werden, während Minderheiten meist leer ausgehen.<sup>18</sup>

Für den Zweck der vorliegenden Arbeit wurde die politische Elite als die Gruppe der Mitglieder der Bundesversammlung definiert. Es wurde ferner der Versuch unternommen, Antworten auf die folgende Fragestellungen der Eliteforschung zu finden:

## **1.2 Gegenstand der Untersuchung und Datenerhebung**

### *Zu- und Abgänge*

Der erste Schritt in der Datenerhebung war die Erstellung einer Zu- und Abgangsbilanz von Abgeordneten der Bundesversammlung bei den letzten Wahlen im Jahre 2011. Die Zugangsbilanz ergab sich aus den neu ins Parlament gewählten Abgeordneten beider Kammern. Die relevanten Daten, die dabei erhoben wurden, waren neben der Gesamtanzahl von neuen Parlamentsmitgliedern und ihren Namen auch die Parteizugehörigkeit, der Kanton, den sie vertreten, sowie die Information, seit wann sie im jeweiligen Kantonsrat vertreten waren. Die gleichen Daten waren auch für die Abgangsbilanz relevant. Diese ergab sich aus zwei Kategorien: den freiwillig zurückgetretenen (bzw. nicht mehr zur Wahl angetretenen) ehemaligen Parlamentsmitgliedern und

---

<sup>14</sup> Vgl.: Lüthi (2002), S: 149.

<sup>15</sup> Vgl.: BUKU (2012), S. 25.

<sup>16</sup> Vgl.: Lüthi (2002), S. 149.

<sup>17</sup> Vgl.: BUKU (2012), S. 25.

<sup>18</sup> Vgl.: ebd.

den Parlamentsmitgliedern, die zwar erneut zur Wahl angetreten waren, jedoch nicht wiedergewählt wurden. Als Quelle der Datenerhebung für die Zu- und Abgangsbilanz diente die offizielle Webseite des schweizerischen Parlaments.<sup>19</sup>

### *Rekrutierung*

Für die Bestimmung von Rekrutierungswegen der eidgenössischen Abgeordneten wurde eine Analyse der Biographien aller 246 Abgeordneten vorgenommen, wobei die relevanten Daten, die erhoben wurden, folgende sind: Parteizugehörigkeit, Beruf, Mitgliedschaft in Jugendorganisationen, Mitgliedschaft in außerparlamentarischen Verbänden und/oder Gewerkschaften, vorherige Parteiämter, höchstes vor der Mitgliedschaft in der Bundesversammlung bekleidetes öffentliches Amt. Als Quelle für die Datenerhebung dienten wiederum zur Verfügung stehende Informationen auf der offiziellen Webseite des schweizerischen Parlaments, aber auch der politischen Parteien, denen die Abgeordneten angehören, und, sofern sie vorhanden waren, natürlich auch die offiziellen Webseiten der Abgeordneten.

### *Verbleib*

Bei der Ermittlung des Verbleibs von Abgeordneten der Wahlperiode 2007-2011, die nach den Wahlen 2011 nicht mehr im Parlament vertreten waren, diente die eingangs erwähnte Abgangsbilanz als Basis. Sie bot einen Überblick über die nicht wiedergewählten und zurückgetretenen ehemaligen Mitglieder von National- und Ständerat, anhand derer dann die Daten über Partei, Ausbildung, Berufsgruppe vor Parlamentsmandat, private Tätigkeit nach Mandat, anschließende Parteifunktion, Anzahl Perioden im Parlament sowie das Rücktrittsalter und der Rücktrittsgründe erhoben wurden. Auch in diesem Fall wurden, sofern vorhanden, Webseiten der ehemaligen Parlamentsmitglieder als primäre Quelle verwendet.

### *Allgemeine Probleme bei der Datenerhebung*

Das Hauptproblem bestand im unbefriedigenden Verhältnis aus zeitlichem Input und Daten-Output. Für die Datenerhebung mussten die Biographien der insgesamt 246 Parlamentsmitglieder einzeln analysiert werden. Einige Daten konnten trotz Sichtung mehrerer Webseiten und durchschnittlichen 15min. Suchzeit nicht ausgemacht werden. Als illustratives Beispiel für dieses Problem kann die Mitgliedschaft der Parlamentarier in Jugendorganisationen angeführt werden. Wie Tabellen 1 und 3

---

<sup>19</sup> <http://parlament.ch/d/Seiten/default.aspx> (letzter Zugriff: 30.05.2012).

im Anhang zeigen, ließen sich lediglich beim kleinsten Teil der Abgeordneten Daten zur Mitgliedschaft in Jugendorganisationen finden, zumeist nur dann, wenn sie selbst an der Gründung selbiger beteiligt waren.

Erschwerend hinzu kommt die oft sehr große Diskrepanz an zur Verfügung stehenden Daten zu einzelnen Abgeordneten. Einige der analysierten Parlamentsmitglieder waren (sei es persönlich oder durch die Partei, der sie angehören) sehr bemüht, möglichst viele Informationen zu ihrem persönlichen und politischen Werdegang zur Verfügung zu stellen, so dass die Datenerhebung vergleichsweise leicht fiel. Andere hatten veraltete, teils gar nicht mehr aktive Webseiten oder die Biographie enthielt kaum Daten. Im Hinblick auf die Analyse über Verbleib und die Tätigkeit nach dem Parlamentsaustritt stellte dies das größte Hindernis dar. Um mehr Informationen zu finden, wurden deshalb neben den offiziellen Webseiten der Politiker auch die Seiten der Parteien auf verschiedenen Ebenen, aber auch Medienberichte und Wikipedia-Einträge<sup>20</sup> hinzugezogen.

Ein ebenfalls nicht unerhebliches Problem bei der Datenerhebung sind die sprachlichen Barrieren. Einige Abgeordnete stellten ihre Webseiten lediglich in der Sprache zur Verfügung, die in ihrem Wahlkreis hauptsächlich gesprochen wird.

## **2. Parteien und Rekrutierung**

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Muster die Rekrutierung der derzeitigen Vertreter der Bundesversammlung aufweist. Die Überlegung dazu ist, Rekrutierungswege anhand ausgewählter Parteien zu untersuchen.

Zunächst wird im Punkt 2.1 das Schweizer Parteiensystem und seine Besonderheiten vorgestellt. Das anschließende Herausgreifen der fünf größten Parteien, unter 2.2, soll Aufschluss über jeweilige Präferenzen der Parteien bei der Rekrutierung geben. Es wurden dazu Parteienprofile erstellt und die Vertreter dieser Parteien hinsichtlich Berufsgruppe, vorherigem außerparlamentarischen Engagements und vorheriger politischer Tätigkeit untersucht. Die Ergebnisse dieser Recherche werden im Punkt 2.3 zusammengetragen.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Hierbei darf man von einer relativ großen Zuverlässigkeit der Daten ausgehen, da die Wikipedia-Artikel meistens von den Abgeordneten selber oder ihren Mitarbeitern zwecks Außendarstellung redigiert wurden.

<sup>21</sup> Die Datenbasis ist im Anhang in den Tabellen 1 und 3 gegeben.

## 2.1 Das Schweizer Parteiensystem allgemein

Das Parteiensystem der Schweiz ist ein Vielparteiensystem und daher stark fragmentiert.<sup>22</sup> Gekennzeichnet ist das System durch eine hohe Anzahl an Parteien mit teils geringem Stimmanteil. Die Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Wahlen 2007 und 2011 und verdeutlicht damit die hohe Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien.

Tabelle 1: Wahlergebnisse in Prozent und Anzahl an Mandaten nach Parteien (Nationalrat, Werte gerundet).

Partei	2007	2011
Schweizerische Volkspartei ( <b>SVP</b> )	29 (62)	27 (54)
Sozialdemokratische Partei der Schweiz ( <b>SPS</b> )	20 (43)	19 (46)
FDP. Die Liberalen ( <b>FDP</b> )	18 (35)	15 (30)
Christlich-demokratische Volkspartei ( <b>CVP</b> )	15 (31)	12 (28)
Grüne Partei der Schweiz ( <b>GPS</b> )	10 (20)	8 (15)
Grünliberale Partei Schweiz ( <b>GLP</b> )	1 (3)	5 (12)
Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz ( <b>BDP</b> )	- (-)	5 (9)
Evangelische Volkspartei ( <b>EVP</b> )	2 (2)	2 (2)
Eidgenössische Demokratische Union ( <b>EDU</b> )	1 (1)	1 (-)
Lega die Ticinesi ( <b>LdT</b> )	1 (1)	1 (2)
Partei der Arbeit der Schweiz ( <b>PdA</b> )	1 (1)	0,5 (-)
Mouvement Citoyens Genevois ( <b>MCR-MCG</b> )	0,1 (-)	0,4 (1)
Christlich-Soziale Partei Obwalden ( <b>CSP</b> )	- (-)	0,4 (1)
Christlich-Soziale Partei ( <b>CSP</b> )	0,4 (1)	0,2 (-)

Quelle: Nordsieck (2012); eigene Darstellung.

Die vielen verschiedenen Parteien lassen auf die soziale und kulturelle Heterogenität der Schweiz schließen<sup>23</sup>: Die Schweiz ist geprägt durch vier Sprachengruppen, zwei große Konfessionen<sup>24</sup> und „durch den Lebensraum bedingte Unterschiede“<sup>25</sup>.

<sup>22</sup> Vgl.: Ladner (2005), S. 8.

<sup>23</sup> Vgl.: ebd., S. 1.

<sup>24</sup> Trotz Multikonfessionalität (z. B. durch Einwanderer aus muslimischen Ländern) und Entkonfessionalisierung ist die Schweiz weiterhin geprägt durch die Bikonfessionalität (vgl.: Neidhart (2002), S. 110).

<sup>25</sup> Ebd.

Ebenso sind die Einzelparteien durchaus heterogen und vereinen verschiedenste Interessen. Beispiel für die parteiinterne Heterogenität ist die SVP. 2008 kam es aufgrund von internen Entwicklungen zur Abspaltung der BDP.<sup>26</sup> Aber auch Abbildung 1 verdeutlicht, dass innerhalb einer Partei im Links-Rechts-Spektrum unterschiedliche Positionen vertreten werden.

Ein weiterer Grund für die Vielzahl an Parteien in der Bundesversammlung ist das Proporzwahlssystem (1918 eingeführt). Dies führt tendenziell zur Entstehung eines Mehrparteiensystems, da die Zugangschance für kleine Parteien erhöht wird.<sup>27</sup> Es besteht die Möglichkeit, dass Parteien, die sich inhaltlich nahestehen, ihre Listen verbinden und dann bei der Verteilung der Mandate wie eine Liste behandelt werden.<sup>28</sup> Sie können somit einen höheren Stimmanteil erreichen. Als weiteren Grund für die hohe Anzahl an verschiedensten Parteien ist der Föderalismus: In Kantonen und Gemeinden haben sich je nach lokalen Gegebenheiten Parteien und eigenständige Parteiensysteme entwickelt.<sup>29</sup>

### *Stellung der Parteien*

Parteien haben in der Schweiz eine relativ schwache Stellung. Das ist vor allem auf die zunächst fehlende Anerkennung der Parteien in der Verfassung zurückzuführen.<sup>30</sup> Erst mit der revidierten Verfassung vom 18. April 1999 wird auf die Rolle von Parteien im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess verwiesen.<sup>31</sup> Ein Parteiengesetz gibt es jedoch nicht. Parteien sind Organisationen des privaten Vereinsrechts.<sup>32</sup> „Parteien müssen als Milizorganisationen [...] vom unentgeltlichen Engagement ihrer Mitglieder und den Zuwendungen von Sympathisanten leben“<sup>33</sup>. Vom Bund erfolgt eine Finanzierung in Form der Beiträge an die Parlamentsfraktionen, zudem sind Mandatsträger von ihren Parteien dazu verpflichtet, Abgaben in unterschiedlicher Höhe an die Fraktionen abzuführen. Der Anteil von Spenden, Fraktionsbeiträgen und Mandatsabgaben variiert von Partei zu Partei drastisch: Während bei SVP und SPS die Mitgliederbeiträge (aufgrund hoher Mitgliederzahlen) einen großen Anteil ausmachen, machen bei den kleineren Parteien die Fraktionsbeiträge einen größeren Anteil am Budget der Bundespartei bzw. der Fraktionen aus.<sup>34</sup>

### *Funktion von Parteien*

---

<sup>26</sup> Vgl.: BDP (o. D.).

<sup>27</sup> Vgl.: Ladner (2002), S. 216.

<sup>28</sup> Vgl.: Bundesgesetz über die politischen Rechte, Art. 42.

<sup>29</sup> Vgl.: Ladner (2002), S. 216.

<sup>30</sup> Vgl.: Ladner (2005), S. 1.

<sup>31</sup> Vgl.: ebd.

<sup>32</sup> Vgl.: Linder (1999), S. 82.

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Vgl.: Ladner (1999), S. 18ff.

Parteien in der Schweiz haben nicht nur die typische Repräsentationsfunktion, sondern dienen auch der Artikulation, der Mobilisierung und dem Transfer.<sup>35</sup> Sie dienen als „intermediäres System“, das für den Transfer von Input aus der Gesellschaft, vor allem von ihren Wählern (z. B. Interessen, Ideen, Problemstellungen und -lösungen), in die staatlichen Organe verantwortlich ist. Auch am Output in Form von Entscheidungen und Regelungen sind die Parteien beteiligt. Aufgrund der direkten Demokratie müssen Parteien in der Schweiz in der Lage sein, Mechanismen wie Initiativen und Referenden entsprechend einsetzen zu können: Hier spielt vor allem die Mobilisierung eine große Rolle – die Wähler müssen überzeugt werden, an der Abstimmung teilzunehmen.<sup>36</sup> Nicht zu vergessen ist die Funktion der Parteien, politisches Personal zu rekrutieren: „über die Auslese ihrer Kandidatinnen und Kandidaten [organisieren sie] den Wettbewerb der politischen Wahl mit“<sup>37</sup>.

## **2.2 Parteienprofile und Rekrutierung**

Als nächstes werden die Rekrutierungskanäle und die Unterschiede zwischen den fünf größten Parteien (SVP, SPS, FDP, CVP und GPS) untersucht<sup>38</sup>. Die Parteiprofile und die derzeitigen Vertreter des Nationalrates sollen hierüber Aufschluss geben. Ebenso wird auf die Vertreter des Ständerates und deren eventuelle Mitgliedschaft im Nationalrat eingegangen. Abbildung 1 gibt einen ersten Einblick in die Orientierung der Parteien. Dadurch lassen sich die jeweiligen Profile untermauern.

---

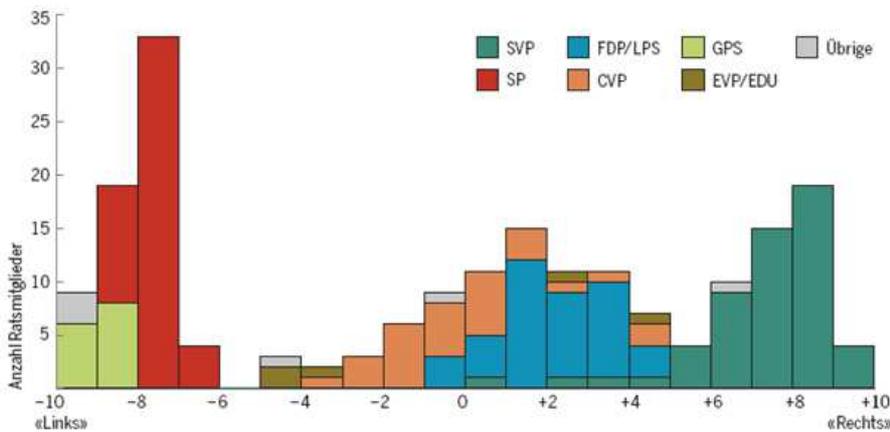
<sup>35</sup> Vgl.: Neidhart (2002), S. 297 sowie Linder (1999), S. 79.

<sup>36</sup> Vgl.: Neidhart (2002), S. 297.

<sup>37</sup> Linder (1999), S. 79.

<sup>38</sup> Die folgenden Angaben (unter 2.2) basieren auf der im Anhang gegebenen Excel-Tabelle Nationalrat. Die darin enthaltenen Daten wurden von den Daten unter <http://parlament.ch/D/WAHLEN-ABSTIMMUNGEN/PARLAMENTSWAHLEN/WAHLEN-2011/Seiten/default.aspx> bezogen (letzter Zugriff: 12.05.2012).

Abbildung 1: Die Fraktionen auf der Links-Rechts-Achse in der Schweiz (Legislaturperiode: 2007-2011)



Quelle: Hermann (2007).

Die SVP, als stärkste Partei, ist die Interessenvertretung des Bauernstands sowie des selbstständigen Gewerbes und bürgerlichen Mittelstandes, vorwiegend in den protestantischen Kantonen.<sup>39</sup> Die Partei hat sich als die Volkspartei schlechthin entwickelt: Mit Themen zur Landesverteidigung und Anti-Europa-Haltung sowie Abneigung gegen Staat und Steuern bedient die Partei ein sehr heterogenes Klientel<sup>40</sup>: Bauern, Handwerker, empfundene Globalisierungsverlierer, aber auch erfolgreiche Vertreter aus der Wirtschaft wählen die SVP. Diese Zusammenstellung zeigt sich auch in den Nationalratsvertretern:

Tabelle 2: Berufsverteilung bei der SVP.

Berufsgruppe/ Bereich	Vertreten in Prozent (gerundet)
Unternehmer	30
Agrar	19
Jurist	17
Manager, Berater (Wirtschaft)	11
Handwerker	6
Pädagoge	6
Polizist	4
Angestellte (Gemeinde)	4
Sonstige (Journalist, Ökonom, Arzt)	6

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

<sup>39</sup> Vgl.: Linder (2009), S. 587.

<sup>40</sup> Vgl.: Hartleb (2011), S. 27.

Bei der Rekrutierung fällt auf, dass sehr viele verschiedene Berufsgruppen vertreten sind. Die SVP wird ihrem Namen der Volkspartei zumindest bezüglich der Rekrutierung somit gerecht. Die Vertreter der SVP im Nationalrat sind in Vereinen und Verbänden entsprechend ihrer beruflichen Tätigkeit aktiv und vor der Wahl in die Bundesversammlung auf kantonaler Ebene politisch aktiv. Eine wichtige Rolle spielt der Militärdienst. Viele SVP-Nationalräte haben einen hohen militärischen Grad<sup>41</sup>. Diese Beobachtung deckt sich mit dem Schwerpunkt, den die Partei auf Landesverteidigung legt. Patriotismus spielt eine große Rolle und entspricht der Einordnung der SVP im rechten Außenbereich des Links-Rechts-Spektrums (siehe Abbildung 1).

Bei der SPS setzt sich für die Interessen der Arbeitnehmerschaft ein, wobei eng mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet wird.<sup>42</sup> Wähler sind aber nicht nur Arbeiter, sondern neue Professionelle, Frauen, Dienstleister der öffentlichen Hand und generell die städtische Bevölkerung.<sup>43</sup> Die Partei fordert eine Anpassung des Sozialstaates an die Veränderungen der Gesellschaft, um soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu gewährleisten und einer Zwei-Klassen-Gesellschaft entgegenzuwirken.<sup>44</sup> Dementsprechend befinden sich die Sozialdemokraten im linken Bereich des Links-Rechts-Spektrums (siehe Abbildung 1).

Tabelle 3: Berufsverteilung bei der SPS.

<b>Berufsgruppe/ Bereich</b>	<b>Vertreten in Prozent (gerundet)</b>
Pädagoge/Sozialarbeiter	24
Unternehmer	16
Jurist	16
Wissenschaftler/ Berater (Politik, Wirtschaft)	7
Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär,	9
Arzt	7
Andere (Anstellungen Gemeinde, Stadt)Ökonom	21

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

<sup>41</sup> Von den 48 männlichen SVP-Nationalräten geben 33 einen militärischen Grad an (reicht von Soldat, Gefreiter, bis Hauptmann und Oberleutnant und Major) siehe Anhang Tabelle 5.

<sup>42</sup> Vgl.: Linder (2009), S. 587.

<sup>43</sup> Vgl.: ebd.

<sup>44</sup> Vgl.: SPS (o.D.).

Bei der SPS werden bevorzugt Kandidaten aus dem Bereich Soziales rekrutiert – Beschäftigte aus Bildung und Jugendarbeit. Die Nationalräte der SPS haben teils leitende Positionen in Gewerkschaften und Verbänden (Schutz von Arbeitnehmer, Umwelt, Verkehr) inne. Sie sind zudem schon lange in der Partei aktiv, meist auf Kantonalebene. Parteierfahrung scheint auch bei der SPS von Vorteil. Bei den Vertretern des Ständerates fällt auf, dass 9 der insgesamt 11 Ständeräte (somit 82%) zuvor als Mitglied des Nationalrates tätig gewesen sind (vgl. Anhang Tabelle 2). Für das Amt als Ständerat scheint Erfahrung im Nationalrat ein wichtiges Kriterium.

Die FDP vertritt die Interessen von Industrie, Banken sowie Gewerbe. Persönliche Freiheitsrechte, wie das Recht auf Privateigentum und unternehmerische Freiheit, spielen dabei eine große Rolle.<sup>45</sup>

Tabelle 4: Berufsverteilung bei der FDP.

<b>Berufsgruppe/ Bereich</b>	<b>Vertreten in Prozent (gerundet)</b>
Juristen	30
Unternehmer	23
Agrar/Ingenieurwesen	13
Berater (Wirtschaft, PR)	7
Angestellte Kommune/Kanton	7
Andere (Arzt, Generalsekretär, Ökonom etc.)	20

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

Bei der FDP ist der berufliche Hintergrund eines Juristen bzw. Unternehmers typisch. Wichtig für die Aufstellung zum Nationalrat ist eine Parteierfahrung geprägt durch hohe Verantwortung – leitende Positionen auf Kantons- aber auch Bundesebene. Ein FDP-Nationalrat ist aktiv in Wirtschaftsverbänden, aber auch in den Bereichen Immobilien und Versicherung. Leitende Positionen sind für das Nationalratsamt wichtig. Jedoch fällt auf, dass die FDP, die ebenso wie die SPS über 11 Ständeratsmandate verfügt, eine vorherige Nationalratsmitgliedschaft nicht als Grund zur Aufstellung zum Ständerat zu sehen scheint. Nur vier der 11 Vertreter waren zuvor Nationalratsmitglieder (vgl. Anhang Tabelle 2).

<sup>45</sup> Vgl.: Linder (2009), S. 587.

Wie die SVP kann auch die CVP als Volkspartei bezeichnet werden. Parteivertreter und Wählerschaft verlaufen „quer durch alle sozialen Schichten“<sup>46</sup>. Tabelle 5 verdeutlicht die soziale und berufliche Heterogenität der CVP-Nationalräte. Im Unterschied zur SVP, war die CVP ursprünglich „in den katholischen Kantonen [...] lange Zeit die absolut dominante Partei“<sup>47</sup>. Noch immer ist die Partei in ländlichen (katholisch-konfessionell) geprägten Kantonen erfolgreich<sup>48</sup>, hat aber Wähler an andere Parteien, wie an die GPS, verloren und in den konfessionell gemischten Gebieten ist es die SVP, die Stimmzugewinne für sich verzeichnet.<sup>49</sup> Einen wichtigen Unterschied zur SVP macht die Einordnung in das Parteienspektrum in Abbildung 1 deutlich: Die CVP versteht sich als eine Partei der Mitte und wird auch so eingeordnet, allerdings hat sie entsprechend ihrer Zusammensetzung und Wählerschaft ein sehr heterogenes Programm, das soziale und wirtschaftsliberale, genauso wie konservative Elemente zugleich enthält.

Tabelle 5: Berufsverteilung bei der CVP.

<b>Berufsgruppe/ Bereich</b>	<b>Vertreten in Prozent (gerundet)</b>
Unternehmer/ leitende Position	20
Agrar	18
Jurist	18
Handwerker	4
Pädagoge	11
Journalist/Schriftsteller	11
Sonstige (Arzt, Kauffrau Braumeister)	11
Naturwissenschaftler	7

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

Bei der Rekrutierung wird klar, dass viele verschiedene Berufsgruppen vertreten sind, wobei Juristen und Agrarfachleute zusammen mit Unternehmern die Mehrheit bilden. Alle Nationalräte sind in Vereinen und Verbänden entsprechend ihrer beruflichen Tätigkeit aktiv und vor der Wahl zum Nationalrat auf kantonaler Ebene politisch tätig. Der Militärdienst scheint im Gegensatz zur SVP eine geringere Rolle zu spielen. Bei der CVP liegt die Beteiligung an einer Militärlaufbahn bei 46% und damit unter den Angaben der SVP (61%) und FDP-Nationalräte (57%).

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Ladner (2005), S. 8.

<sup>48</sup> Vgl.: Linder (2009), S. 587.

<sup>49</sup> Vgl.: Ladner (2005), S. 574.

Die GPS setzt in ihrem Programm auf qualitatives (nachhaltiges) Wachstum der Wirtschaft, bei dem die Umwelt geschont wird und nicht zulasten der sog. Dritten Welt erfolgt. Die Partei setzt sich für dezentrale Strukturen, Abrüstung, den Ausbau direkter Demokratie und der Gleichstellung von Mann und Frau ein.<sup>50</sup> Im Parteienspektrum lässt sich die GPS am linken Rand einordnen und hat sich „zur größten Nicht-Regierungspartei entwickelt“<sup>51</sup>.

Tabelle 6: Berufsverteilung bei der GPS.

Berufsgruppe/ Bereich	Vertreten in Prozent (gerundet)
Berater (Familie, Umwelt)	20
Wissenschaftler (Natur, Physik, Geschichte)	20
Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär,	13
Jurist	13
Sozialarbeiter/Kulturvermittler	13
Andere (Agrar, Arzt etc.)	20

Quelle: Tabelle 4 (siehe Anhang), eigene Darstellung.

Rekrutiert wird bei der GPS bevorzugt aus den Bereichen Umweltschutz und Menschenrecht sowie Jugend und Bildung (beruflich oder sozial engagiert). Auch wie bei den anderen Parteien sind die Nationalräte zuvor auf Gemeinde- aber hauptsächlich kantonaler Ebene tätig gewesen. Der Dienst bei der Armee ist kein auffälliges Kriterium, eher im Gegenteil: Nur drei der 15 GPS-Abgeordneten haben den Grad eines Soldaten/Gefreiten angegeben (vgl. Anhang Tabelle 5).

### 2.3 Fazit zu Parteien und Rekrutierung

Es kann festgehalten werden, dass Nationalrat-Kandidaten dem Profil der Partei entsprechen. Bei allen Parteien war ein politisches Engagement auf Gemeinde- und Kantonsebene auffällig. Bei den 46 Mitgliedern des Ständerates sind gleiche Merkmale zu beobachten. Als Quereinsteiger allgemein lassen sich nur sehr wenige Nationalräte eindeutig klassifizieren.

<sup>50</sup> Vgl.: Grüne Partei der Schweiz (2002).

<sup>51</sup> Linder (2009), S. 588.

Knapp 40 Prozent der Vertreter im Ständerat sind zuvor im Nationalrat tätig gewesen. Bei der SPS scheint die Tätigkeit als Nationalrat aber ein sehr wichtiges Kriterium für ein Amt im Ständerat zu sein: 82 Prozent der SPS-Ständeräte waren zuvor im Nationalrat vertreten (vgl. Anhang Tabelle 2). Überraschend ist, dass wenig über die vorherige Mitgliedschaft in der entsprechenden Jungpartei ausgesagt wird. Grund könnte sein, dass die Jungparteien eigenständige Organisationen sind. Auffällig war auch, dass sich die Jungpolitiker sehr scharf von der Mutterpartei abgrenzen. So war auf der Internetseite der JSVP zu lesen, dass man „durchaus frecher und aggressiver als die Mutterpartei [aufträte]“<sup>52</sup>. Die Jungpartei der SVP ist auch die einzige, die Aussagen zur Mitgliedschaft in der Mutterpartei macht und spricht von 90 Prozent Übertritten.<sup>53</sup> Die jetzigen SVP-Nationalräte jedoch machen kaum Angaben zu einer vorherigen JSVP-Mitgliedschaft.

### **3. Verbleib ehemaliger Mandatsträger**

Nachdem im vorherigen Kapitel die Frage behandelt wurde, ob es typische Rekrutierungswege für Abgeordnete gibt und ob bzw. wie sich diese nach Parteien unterscheiden, geht es im Anschluss darum festzustellen, was mit Abgeordneten passiert, nachdem sie ihr Mandat niedergelegt haben.

In erster Linie war das Ziel herauszufinden, ob es typische Verhaltensmuster gibt, die sich bereits bei der Erhebung und Analyse von Daten ausgeschiedener Abgeordneter der Legislaturperiode 2007-2011 abzeichnen. Das Vorgehen wird unter 3.1 genauer beleuchtet.

Für die Recherche wurden durchschnittlich 15 min. investiert. Trotzdem blieb die Tabelle, in der die Ergebnisse zusammengetragen wurden, so lückenhaft, dass die Datenlage keine Schlussfolgerungen erlaubte. Aus diesem Grund findet unter 3.2 eine Methodendiskussion statt. Darüber hinaus wird unter Punkt 3.3 untersucht, ob es in der Schweiz formelle Strukturen gibt, von denen ehemalige Mandatsträger aufgefangen werden, wobei das Augenmerk auf den Staat und die Parteien gerichtet wird. In diesem Zusammenhang steht vor allem die ökonomische Versorgung nach dem Austritt im Fokus.

#### **3.1 Vorgehen und Auswertung der Daten**

Erster Ansatzpunkt für die Untersuchung des Verbleibs ehemaliger Abgeordneter war die Zu- und Abgangsbilanz des Stände- und Nationalrates. Insgesamt gab es 81 Zu- und Abgänge. Im nächsten

---

<sup>52</sup> JSVP (o. D.).

<sup>53</sup> Vgl.: ebd.

Schritt wurden die Abgänge in „zurückgetretene“ und „nicht-wiedergewählte“ Abgeordnete unterschieden. Im Nationalrat waren 38, im Ständerat 12 Abgänge zu verzeichnen. Nicht wieder gewählt wurden 28 Abgeordnete aus dem National- und 3 aus dem Ständerat.

### *Rücktritte*

Bei den Zurückgetretenen stand das Interesse im Vordergrund, weshalb ein Rücktritt erfolgte. Als Gründe kamen im Wesentlichen zwei Hauptbereiche infrage: politische oder persönliche Gründe. Zu den politischen Gründen gehören beispielsweise parteiinterne Konflikte oder schlechte Aussichten auf eine Wiederwahl; persönliche Gründe können hingegen privater/ gesundheitlicher Natur sein, in der Zuwendung zur außerparlamentarischen Karriere oder dem Eintritt in den Ruhestand liegen.

Die zurückgetretenen Abgeordneten wurden hinsichtlich der folgenden Kategorien untersucht: Partei, Ausbildung, Berufsgruppe vor Mandat, private Tätigkeit nach Mandat, anschließende Parteifunktion, Anzahl Perioden im Parlament, Rücktrittsalter, Rücktrittsgrund.

In weniger als 50% der Fälle konnten die Gründe für den Rücktritt festgestellt werden (vgl. Anhang Tabellen 6 u. 7). Die Webseiten der Abgeordneten gaben überhaupt keine Auskunft darüber, die Tagespresse enthielt in 16 von 38 Fällen bei Nationalräten und in 4 von 12 Fällen beim Ständerat einen Hinweis. Allerdings bleibt fraglich, ob die in der Presse gehandelten Gründe der Wahrheit entsprechen und ob nicht in der Regel eine Mischung aus privaten und politischen Gründen ausschlaggebend war. Das durchschnittliche Rücktrittsalter lag bei den untersuchten Ständeräten bei 66 Jahren, bei den Nationalräten bei 61 Jahren (vgl. Anhang ebd.). Die Verweildauer im Ständerat lag bei rund 4<sup>54</sup> Legislaturperioden und damit eine Legislaturperiode höher<sup>55</sup> als im Nationalrat. Besonders unergiebig war die Untersuchung der beruflichen Verbleibe. Hier konnte nur in insgesamt 10 von 50 Fällen ein Verbleib herausgefunden werden (vgl. Anhang Tabellen 6-9). In drei Fällen gab es einen Wechsel vom Nationalrat zum Ständerat und in einem Fall einen Wechsel in umgekehrter Richtung. Noch weniger konnte über die politische Aktivität nach Niederlegung des Mandats auf Bundesebene herausgefunden werden. Die Überlegung, dass die ehemaligen Mandatsträger ihre Erfahrung und Kontakte nutzen und auf niedrigerer Ebene (Kanton und darunter) Verantwortung übernehmen würden, ließ sich anhand der erhobenen Daten nicht bestätigen. Möglicher Grund hierfür könnte sein, dass die „Ochsentour“ von unten nach oben verläuft und eine Rückkehr von der Bundesebene auf die kantonale Ebene dieser Logik nicht folgt,

---

<sup>54</sup> 3,8 Legislaturperioden Ständerat

<sup>55</sup> 3,2 Legislaturperioden Nationalrat

sondern als „Rückschritt“ betrachtet werden kann. Vor allem das Rücktrittsalter legt nahe, dass der Rücktritt aus dem Ständerat auch mit einem partiellen Rückzug aus der aktiven Politik verbunden ist.

### *Abgewählte*

Bei den Austritten durch Abwahl liegt der Mittelwert des Austrittsalters bei 57 Jahren, sowohl im National- als auch im Ständerat. Da das ordentliche Rentenalter in der Schweiz für Frauen 64 und Männer 65 Jahre beträgt, wird angenommen, dass in dieser Untersuchungsgruppe die Mehrheit der ausgeschiedenen Mandatsträger noch einer privaten beruflichen Tätigkeit nachgeht. Diese kann prinzipiell der Beschäftigung vor dem Mandat entsprechen, eine Fortsetzung der Beschäftigung während des Mandats oder eine neue Beschäftigung sein. In insgesamt rund 65% der Fälle (National- und Ständerat zusammen genommen) konnten (Teil-)Beschäftigungen ermittelt werden. Die Mehrheit bleibt in ihrem alten Beruf. Allerdings ließ sich nicht herausfinden, wie viele ihren ursprünglichen Beruf für die Dauer des Mandats aufgegeben haben. Interessant wäre an dieser Stelle eine genauere Untersuchung der Mitgliedschaften in Verwaltungsräten. Wie viele Ämter hat ein Ex-Abgeordneter vor, während und nach dem Mandat inne? Wie viel Einkommen erzielt/e ein Abgeordneter aus dieser Funktion? Welchen Anteil macht dieses Einkommen am restlichen Einkommen? Für eine Untersuchung, anhand derer diese Fragen beantwortet werden sollen, bedarf es allerdings eines anderen Forschungsansatzes.

## **3.2 Methodendiskussion**

Wie bereits angedeutet, konnten in vielen Fällen keine Daten ausfindig gemacht werden bzw. bestehen Zweifel an der Qualität, vor allem aufgrund der Unvollständigkeit erhobener Daten. Folglich können auch keine Aussagen über Gemeinsamkeiten oder Verlaufsmuster getroffen werden. Dies legt den Schluss nahe, dass die gewählte Methode der Internetrecherche für die gestellte Forschungsaufgabe nicht geeignet ist. Typische Verläufe für die Zeit nach dem Mandat lassen sich auf diese Art empirisch nicht untermauern.

Für diese Art der Untersuchung würde sich eher ein Fragebogen anbieten, weil der Abgeordnete nach seinem Ausscheiden aus einem öffentlichen Amt wieder eine Privatperson ist, ohne Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit, was etwa Interessensverbindungen oder Einkommen angeht. Zwar kann man auf Antrag in begründeten Fällen Einblick in das Steuerregister

nehmen.<sup>56</sup>, allerdings kann auch diese Einkommensübersicht nur als eine Annäherung an das tatsächliche Einkommen (inkl. Sachleistungen u. ä., die anderweitig abgerechnet werden) verstanden werden. Außerdem sind die Offenlegungspflichten auch für die Zeit während der Mandatsausübung stark beschränkt, sodass im Hinblick auf unsere Forschungsfrage relevante Informationen nicht zugänglich sein müssen. Aufgrund der mangelnden Transparenz ist man auf die Kooperation und Informationsbereitschaft der einzelnen Personen angewiesen.

Leitfragen für die Konzeption eines Fragebogens für ausgeschiedene Abgeordnete könnten zum Beispiel sein:

#### *Beruf nach Mandat*

- Welcher beruflichen Tätigkeit gehen Sie nach: Alter Beruf, neuer Beruf, Ruhestand?
- Hat die Politik z.B. für den Beruf einen finanziellen Nutzen gebracht?

#### *Politische Aktivität nach Mandat*

- Sind Sie weiterhin politisch aktiv: Mandate auf niedrigerer Ebene, Vorbereitung einer neuen Kandidatur, Rückzug aus Politik?

#### *Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Verbänden nach dem Mandat*

- Haben Sie Mandate in Vereinen und Verbänden, die Sie als Abgeordneter der Bundesversammlung innehatten, aufrechterhalten?
- Neues Engagement?

Um einen höheren Grad der Repräsentativität der Untersuchungsergebnisse zu erreichen, wäre eine Vergrößerung des Untersuchungszeitraumes sinnvoll. Der Daten-Input sowie die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Datenerhebung könnte dadurch erhöht werden, dass man über einen Gatekeeper an formale oder informelle Netzwerke bzw. Organisationsstrukturen von Abgeordneten a. D. herantritt. Um diese zu identifizieren, Vertrauen zu bilden und den Weg für eine standardisierte Befragung zu bereiten, wären Interviews geeignet. In diesem Zusammenhang spielen formale Strukturen/ Institutionen eine wichtige Rolle.

### **3.3 Strukturen und Institutionen**

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, ob es von Seiten des Staates oder der Partei Strukturen oder Mechanismen gibt, die greifen, wenn ein Abgeordneter ausscheidet. Derartige

---

<sup>56</sup> Vgl.: Stadt Bern (o. D.).

Vorkehrungen haben natürlich Einfluss auf das Verhalten ehemaliger Abgeordneter, vor allem im Hinblick auf die Ausübung eines Berufes während der Amtszeit.

Scheidet ein Politiker aus dem Amt, sei es, weil er entweder nicht wiedergewählt wird oder zurücktritt (z. B. weil er das Rentenalter erreicht hat und sich zur Ruhe setzen möchte), stellt sich die Frage nach seiner finanziellen Versorgung.

In Deutschland zum Beispiel, regelt das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages im fünften Abschnitt Leistungen an ehemalige Mitglieder und Hinterbliebene.<sup>57</sup>

Dort wird unter anderem geregelt, dass ein ausgeschiedener Bundestagsabgeordneter Übergangsgeld in Höhe der monatlichen Abgeordnetenentschädigung erhält und dessen Dauer sich nach der individuellen Verweildauer im Parlament richtet, jedoch auf max. 1,5 Jahre beschränkt wird. Entscheidender für die Versorgung dürfte jedoch die Altersversorgung sein.

Die Altersentschädigung „[...] soll die Unabhängigkeit der Parlamentarier sichern.“<sup>58</sup>. Sie ist im Grundgesetz verankert und wurde mehrfach durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Die Altersversorgung ergibt sich aus dem Produkt aus Anzahl Jahre der Mitgliedschaft x (mal) 2,5% der monatlichen Abgeordnetenentschädigung.<sup>59</sup> Sie stellt keine Vollversorgung dar, sondern soll lediglich die Lücke schließen, die dem Abgeordneten dadurch entstanden ist, dass er während der Zeit im Parlament auf seine berufliche Tätigkeit ganz oder teilweise verzichten muss. Während der Mandatszeit werden keine Beiträge an die gesetzlichen Krankenkassen abgeführt. Der Beginn der Pensionszahlungen erfolgt grundsätzlich ab dem 65. bzw. 67. Lebensjahr. Allerdings reduziert sich die Altersgrenze nach zwei Legislaturperioden um ein Jahr. Das heißt, ein Bundestagsabgeordneter, der beispielsweise schon vier Perioden im Bundestag sitzt, kann bereits mit 57 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen.

#### *Altersversorgung für Schweizer Ratsmitglieder*

In der Schweiz werden die Altersbezüge in den Artikeln 7 und 8a des Bundesgesetzes über Bezüge und Infrastruktur der Mitglieder der eidgenössischen Räte und über die Beiträge an die Fraktionen (Parlamentsressourcengesetz, PRG) geregelt und in den dazu gehörenden Verordnungen konkretisiert.<sup>60</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl.: AbgG, Fünfter Abschnitt.

<sup>58</sup> Bundestag (o. D.).

<sup>59</sup> Vgl.: AbgG § 11 Abgeordnetenentschädigung: 7.960Euro im Jahr 2012.

<sup>60</sup> Vgl.: PRG.

Statt im Alter Pensionen an Abgeordnete a.D. zu zahlen, übernimmt der Bund solange das Ratsmitglied tätig ist, drei Viertel der privaten Altersvorsorge.<sup>61</sup>

Außerdem erwirbt das Ratsmitglied einen Anspruch auf Überbrückungshilfe. Diese kann vom Ratsmitglied geltend gemacht werden, wenn es das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und nach dem Austritt keine Arbeit findet, aus dem es ein Einkommen erzielen kann, das dem Einkommen als Ratsmitglied gleichwertig ist. Die Auszahlung ist jedoch auf zwei Jahre beschränkt und bei 100% des jährlichen Höchstbetrages für die gesetzliche Altersrente (AHVG) gedeckelt.<sup>62</sup> Der Höchstbetrag beläuft sich 2012 auf max. 2.320 CHF pro Monat.<sup>63</sup>

### *Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung*

Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung (VEMBV) zählt aktuell rund 573 ehemalige Ratsmitglieder.<sup>64</sup> Beim Verlassen der Bundesversammlung wird man automatisch (ipso facto) Mitglied.<sup>65</sup> Das Statut der Organisation definiert als Hauptzweck der Vereinigung:

„a.) alle ehemaligen Mitglieder der schweizerischen Bundesversammlung zu vereinigen und unter ihnen den freundschaftlichen Kontakt über Sprach-, Konfessions-, Partei- und andere Grenzen hinweg zu pflegen;  
b.) kulturelle und gesellschaftliche Anlässe und Ausflüge zu organisieren und an entsprechenden Anlässen im Ausland teilzunehmen.“<sup>66</sup>

### *Parteien*

Die Recherche bei den fünf größten Parteien SVP, SPS, FDP, CVP und GPS hat keine Hinweise darauf ergeben, dass es Strukturen für ausgeschiedene Ratsmitglieder gäbe.

## **3.4 Zwischenfazit**

Die Untersuchung der Verbleibe ehemaliger Mandatsträger lieferte keine zufriedenstellenden Ergebnisse. Es wurde festgestellt, dass die gewählte Methode der Datenerhebung via Homepages der Abgeordneten, Parteien, Wikipedia-Artikel und die Presse nicht geeignet waren, um zu klären, welcher Beschäftigung ein zurückgetretener oder abgewählter Mandatsträger im Anschluss nachgeht und in welcher Form er sich weiterhin politisch oder gesellschaftlich engagiert. Mangels Daten ließen sich auch keine typische Verhaltensmuster feststellen. Strukturen, von denen

---

<sup>61</sup> Vgl.: PRG §7 und VPRG § 7.

<sup>62</sup> Vgl.: PRG §8a und VPRG §8b.

<sup>63</sup> Vgl.: AHV (2012).

<sup>64</sup> Vgl.: VEMBV (2012).

<sup>65</sup> Vgl.: VEMBV (2003).

<sup>66</sup> Ebd., Art. 3.

Abgeordnete automatisch aufgefangen werden, gibt es kaum. Vom Bund erhalten die Schweizer Abgeordnete nicht nur ein vergleichsweise geringes Grundeinkommen während ihrer Amtszeit, auch die Versorgung im Anschluss ist vergleichsweise schlechter als in anderen OECD-Ländern.<sup>67</sup> Überbrückungshilfe ist beispielsweise zeitlich beschränkt und bei 2.320 CHF gedeckelt. Einen Anspruch auf Altersversorgung hat man erst ab dem vollendeten 65. Lebensjahr. Die Abgeordneten erhalten die Pension auch nicht von einer Pensionskasse des Bundes, dieser beteiligt sich stattdessen für die Dauer der Amtszeit an den Einzahlungen in die Pensionskasse des Abgeordneten. Diese Sachlage legt die Schlussfolgerung nahe, dass Abgeordnete ihre berufliche Tätigkeit in der Regel aufrechterhalten müssen, sich nicht ausschließlich dem Mandat zuwenden können, um für die Zeit danach – sofern sie das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben – vorzusorgen und nicht arbeitslos zu sein.

## **4. Die Bundesversammlung – ein Milizparlament?**

### **4.1 Definition**

Das schweizerische Parlament beschreibt sich in seiner Selbstdarstellung als Milizparlament. Das Milizprinzip beschreibt grundsätzlich „die neben- oder ehrenamtliche Übernahme und Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch jeden dazu befähigten Bürger“<sup>68</sup>. Diese Definition schließt damit implizit die hauptamtliche Übernahme eines politischen Amtes als Regelfall aus. Eben dies beschreibt den Charakter des schweizerischen Parlamentes: Die Parlamentarier führen neben ihrem Abgeordnetenmandat größtenteils ihren gelernten Beruf weiterhin aus, natürlich aufgrund der zeitlichen Inanspruchnahme durch die parlamentarische Tätigkeit nur in vermindertem Umfang.

Die Bezeichnung „Milizparlament“ hat aber noch weitere Dimensionen: Sie beinhaltet eben nicht bloß, dass Parlamentarier keine Berufs- und Vollzeitpolitiker sind, sondern sie beschreibt einen Anspruch. Sie beschreibt, dass Politik nicht vollkommen professionell – damit in gewisser Weise bürgernäher – ist und stärker auf die alltäglichen Probleme und Bedürfnisse der Bürger Rücksicht nimmt. Sie beschreibt, dass jeder Bürger, unabhängig von Beruf, Herkunft und Bildung, Politiker werden kann – es also keine geschlossene politische Elite gibt. Da der Mandatsverlust für die einzelnen Abgeordneten aufgrund der weiteren beruflichen Tätigkeit von geringerer existentieller Bedeutung sei, seien sie weniger abhängig von ihrer Partei und deren Unterstützung beim Verbleib

---

<sup>67</sup> Vgl.: Linder; Z'graggen (2004), S. 4 sowie 47f.

<sup>68</sup> Schmidt (2004), S. 449.

in der Politik. So werde Politik teilweise entkoppelt von parteipolitischer Ideologie und Strategie, stattdessen werde sie pragmatischer und problemorientierter.<sup>69</sup>

Inwiefern wird aber das schweizerische Parlament diesem anspruchsvolleren, qualitativ-normativen Anspruch gerecht? Um dies zu untersuchen, werden nun die relevanten Rahmenbedingungen im politischen System, in der Institution des Parlaments, auf Amtsebene und insbesondere auf individueller Ebene untersucht.

## 4.2 Rahmenbedingungen

Welchen Rahmen bietet das politische System für Politiker? Parteien sind in der Schweiz relativ schwach institutionalisiert, verfügen über geringe finanzielle, materielle und personelle Ressourcen. Sie sind vor allem auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene verankert. Entsprechend sind sie inhaltlich, kulturell und ideologisch homogener. All diese Faktoren schwächen die Parteien auf Bundesebene und damit auf der für Parlamentarier relevanten Ebene.<sup>70</sup>

Auch die institutionelle Ebene des Parlaments ist nur schwach professionalisiert: Das schweizerische Parlament ist das kostengünstigste aller OECD-Länder. Es stellt Abgeordneten und Fraktionen nur sehr wenige materielle, personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung. Die meisten Mittel müssen sie selber bereitstellen, wobei sie – wie erwähnt – keine großen Zuwendungen seitens der Parteien erhalten.<sup>71</sup>

Die Amtsebene ist – eng zusammenhängend mit der des Parlamentes – ebenfalls mit geringen finanziellen Mitteln ausgestattet: Das Einkommen der Abgeordneten ist relativ gering und besteht hauptsächlich aus Aufwandsentschädigungen, die für tatsächlich erbrachte Arbeit – also nicht als monatliche Pauschale – ausbezahlt werden; die Arbeit in parlamentarischen Kommissionen macht hierbei einen Großteil aus.<sup>72</sup> Im OECD-Vergleich verdienen schweizerische Abgeordnete am zweitwenigsten.<sup>73</sup>

---

<sup>69</sup> Vgl.: Neidhart (2002), S. 316.

<sup>70</sup> Vgl.: Ladner (2002), S. 236ff.

<sup>71</sup> Vgl.: ebd.

<sup>72</sup> Ein Nationalrat erhält so z. B. nur 31.750 CHF Monatspauschale für die Deckung von Personal- und Sachausgaben. Für die Vorbereitung von Ratsarbeit erhalten Abgeordnete jährlich pauschal 25.000 CHF zzgl. 425 CHF Tagesgeld für Arbeit in Kommissionen oder Delegationen. Der Anteil des Einkommens durch Kommissionsarbeit ist damit im internationalen Vergleich sehr hoch (vgl.: PRG).

<sup>73</sup> Vgl.: Linder; Z'graggen (2004), S. 3.

### 4.3 Umgang mit den Rahmenbedingungen

Nach Betrachtung der Ebenen des politischen System, der Institution und des Amtes wurde nun festgestellt, dass diese Ebenen relativ wenig professionalisiert sind und keine professionellen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit als Politiker bereitstellen. Im Folgenden wird nun die individuelle Ebene der Abgeordneten eingehender betrachtet. Hierbei sind zwei Aspekte zu beachten: Es gilt einerseits zu beantworten, welche Motivation überhaupt für eine Tätigkeit in der Politik besteht, und andererseits gilt es zu untersuchen, wie Parlamentarier mit den nicht-optimalen Rahmenbedingungen umgehen.

Offenbar gibt es keinen großen finanziell-ökonomischen Anreiz für politische Tätigkeit. Wieso entscheiden sich Bürger aber für eine politische Tätigkeit im Allgemeinen und ein Parlamentsmandat im Speziellen? Selbstverständlich ist ein Anreiz zu politischer Tätigkeit das Streben nach Ehre, Geltung, Ruhm oder Selbstverwirklichung. Dies aber bedeutet in der Schweiz potentiell einen Verzicht auf einen Teil des Einkommens aus dem erlernten Beruf. Dieser Verzicht wird, insbesondere bei hochdotierten Arbeitsplätzen, nicht gänzlich durch die Aufwandsentschädigung für die parlamentarische Arbeit kompensiert. Dass ein einzelner Abgeordneter durch seine parlamentarische Tätigkeit sich selber in seiner beruflichen Tätigkeit einen entscheidenden Vorteil zu verschaffen vermag, ist relativ unwahrscheinlich, zumal er schnell mit dem Makel der Selbstbereicherung behaftet wäre.<sup>74</sup>

Wie gehen Parlamentarier (und Politiker allgemein) zudem mit den nicht-optimalen Rahmenbedingungen, insb. mangelnde Ausstattung des Amtes und der Institution mit finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen um? Wie kann ein Milizparlamentarier im formalen Sinne, also ein Bürger, der gleichzeitig noch seinen Beruf ausübt, überhaupt professionell und fachlich kompetent arbeiten? Schließlich ist es auch Ziel des politischen Systems, funktional zu sein.

Die Antwort auf beide Fragen – Motivation und Umgang mit den Rahmenbedingungen – liegt in der Unterstützung durch Verbände und Vereine – oder, einen anderen Terminus benutzend, Lobbygruppen: Die meisten Parlamentarier haben vor ihrem parlamentarischen Amt bereits einen längeren politischen Werdegang auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems hinter sich. Die meisten werden hierbei gleichzeitig Mitglieder in immer mehr Verbänden und Vereinen, die häufig einen Bezug zur Herkunftsregion oder zur beruflichen Tätigkeit haben. Anzahl der Mitgliedschaften und Höhe der Positionen korrelieren hierbei in der Regel mit der zunehmenden politischen Macht.<sup>75</sup>

---

<sup>74</sup> Vgl.: Neidhart (2002), S. 290.

<sup>75</sup> Vgl.: ebd., S. 316.

Diese Verbände und Vereine leisten fachliche, personelle, materielle oder finanzielle Unterstützung; im Gegenzug speisen Parlamentarier deren Interessen ins politische System mit ein, stellen Kommunikationskanäle dar und/oder bauen Netzwerke auf. Viele Parlamentarier gehen also Rollenverbindungen, d.h. Mitgliedschaften in verschiedenen Verbänden usw. gleichzeitig ein. Sie können zugleich Mitglieder in politischen, (zivil-) gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen Verbänden sein, die wiederum auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene (etc.) organisiert sein können.<sup>76</sup>

#### 4.4 Rollenverbindungen

Wie eingangs bereits erwähnt, erhofft man sich vom Milizprinzip eine größere Bürgernähe mit entsprechend größerer Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung, eine pragmatischere, d.h. weniger ideologisch und parteipolitisch orientierte Politik. Das System ist sehr sparsam, da man keine Berufspolitiker finanzieren muss bzw. möchte.<sup>77</sup> Die Offenheit des politischen Systems solle bewirken, dass möglichst alle Gesellschaftsschichten deskriptiv im Parlament repräsentiert sind, es also eine soziologisch breite Zusammensetzung des Parlaments gibt. Die parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit soll der Fachkompetenz der Abgeordneten größeres Gewicht verleihen, damit die Funktionalität stärken.<sup>78</sup> Durch die Rollenverbindungen ist aber fraglich, inwiefern die Abgeordneten noch wirklich bürgernah sind und deren Interessen vertreten, müssen sie doch auch die Interessen der Verbände vertreten. Das kann zu Loyalitäts- und Interessenkonflikten führen, zumal nicht klar ist, wessen Interessen ein Vertreter nun bei einer Entscheidung oder Abstimmung vertritt.<sup>79</sup> Dies bietet natürlich auch potentiell Anreiz für Korruption. Die für viele andere politische Systeme typische parteipolitische Abhängigkeit wird in der Schweiz damit tendenziell durch die Abhängigkeit von Interessengruppen ersetzt.<sup>80</sup>

Zwar soll das Milizprinzip verhindern, dass ausschließlich Berufspolitiker die Elite darstellen, für die dann meistens bestimmte soziale Schichten oder berufliche Branchen prädestiniert sind. Allerdings bewirkt die geringe Vergütung politischer Arbeit, dass hier meistens nur diejenigen tätig

---

<sup>76</sup> Vgl.: ebd., S. 293ff.

<sup>77</sup> Interessanterweise ist also die mangelnde Ressourcenausstattung zugleich Mittel und Ziel: Sie zielt darauf ab, ein sparsames Organisationsprinzip zu gestalten, zugleich ist sie aber auch Mittel, da sie die Politiker dazu zwingt, ihren Beruf weiterhin auszuüben, was dazu den Charakter eines Milizparlaments garantieren soll.

<sup>78</sup> Vgl.: Neidhart (2002), S. 296.

<sup>79</sup> Um hier Transparenz zu schaffen, sind auf der Internetseite des schweizerischen Parlaments möglichst alle Interessenverbindungen eines jeden einzelnen Abgeordneten angegeben. Auch legen fast alle ihr Abstimmungsverhalten offen.

<sup>80</sup> Vgl.: Neidhart (2002), S. 296ff.

werden können, die über eine entsprechende ökonomische Basis verfügen, was wiederum einige Gesellschaftsschichten bevorzugt. Entsprechend ist auch in der Schweiz eine Überrepräsentierung einiger Branchen und Gesellschaftsschichten zu beobachten.<sup>81</sup>

Ob das Milizprinzip Sachkompetenz bewirkt oder sie verhindert ist nicht eindeutig: Einerseits wird durch eine breite soziologische Zusammensetzung und die Einbindung vieler Interessengruppen viel Sachkompetenz eingespeist. Andererseits handelt es sich nicht um Berufspolitiker, deren Arbeit nicht zwangsläufig professionell ist.

Aus pluralistischer Perspektive jedenfalls sind diese Rollenverbindungen eventuell gut zu heißen: Die komplexe und häufig konfuse Interessenformulierung und –artikulation einer differenzierten Gesellschaft wird vereinfacht, gebündelt und kanalisiert.<sup>82</sup> Dadurch, dass Abgeordnete meist Mitglieder in verschiedenen Verbänden sind, können deren ggf. divergierenden Interessen schon frühzeitig abgewogen und in Einklang gebracht werden und dann harmonisiert in die politische Entscheidungsfindung eingebracht werden.<sup>83</sup>

Die Mitgliedschaft in mehreren Verbänden reduziert zudem die Abhängigkeit von einem einzelnen Verband. Allerdings ist auch hier zu berücksichtigen, dass bestimmte Verbände (insb. Berufs- und Wirtschaftsverbände) über höhere Mittel und damit Einflusspotentiale verfügen als andere (insb. soziale und zivilgesellschaftliche), was zu einem Ungleichgewicht der Interessenvertretung führen kann (!).

#### **4.5 Individuelle Professionalität vs. Milizparlament**

In den vorherigen Abschnitten wurde nun gezeigt, dass das Schweizerische Parlament den Anspruch hat, ein Milizparlament zu sein. Hierfür wurde die entsprechende institutionelle Struktur geschaffen (geringe finanzielle Ausstattung, geringe Vergütung etc.). Als Ersatzstruktur für die fehlende finanzielle und Fachkenntnis liefernde Struktur dienen Verbände und Vereine. Die daraus resultierenden, oben genannten Mechanismen laufen potentiell dem Anspruch, ein Milizparlament zu sein, zuwider.

Nun werden daher einige Faktoren über die individuelle Zusammensetzung betrachtet, die laut OECD Indikatoren für die Professionalisierung eines Parlaments (auf individueller Ebene) darstellen. Die Analyse dieser Faktoren soll schließlich Aufschluss darüber geben, inwiefern das

---

<sup>81</sup> Vgl.: Kapitel 2.2 sowie Neidhart (2002), S. 295.

<sup>82</sup> Vgl.: Fraenkel (1991), S. 275f.

<sup>83</sup> Vgl.: Neidhart (2002), S. 290.

Parlament auf individueller Ebene seinem eigenen Anspruch gerecht wird, ein Milizparlament im erweiterten, normativ-anspruchsvollen Sinne zu sein.

Das Milizprinzip hat den Anspruch, möglichst alle Gesellschaftsschichten weitgehend spiegelbildlich darzustellen. Angeordnete begeben sich nicht in vollkommene Abhängigkeit von der Politik, weshalb sich nicht eine geschlossene politische Elite herausbildet, die sich gemäß ihrer eigenen Logik nur aus bestimmten Schichten oder Berufsgruppen rekrutiert. Das schweizerische Parlament weist aber eine überdurchschnittliche hohe Ausbildung der Abgeordneten auf und Abgeordnete mit politiknahem Beruf<sup>84</sup> sind überrepräsentiert. Beides widerspricht dem Anspruch, spiegelbildlich die Gesellschaft abzubilden.<sup>85</sup> Beides ist aber förderlich für die Professionalität, da so den meisten Parlamentsmitgliedern eine Affinität und Vertrautheit mit den Regeln der Politik sowie Fachkenntnis unterstellt werden darf, was die Produktivität der parlamentarischen Arbeit erhöht.<sup>86</sup>

Der gleiche Mechanismus gilt für das Kriterium der politischen Vorerfahrung auf anderen Ebenen des politischen Systems. 82,5 Prozent der Mitglieder des Nationalrates und 91,3 Prozent der Mitglieder des Ständerates haben politische Vorerfahrung; es ist also offenbar nicht üblich, als Quereinsteiger auf bundespolitischer Ebene tätig zu werden. In den meisten Fällen bedarf es der sog. „Ochsentour“, also eines langwierigen Aufstiegs im politischen System. Auch das ist ein Anzeichen dafür, dass das Milizprinzip, bei dem jeder – im Ideal und nach eigenem Anspruch – jederzeit seine Arbeit kurzfristig und kurzzeitig reduzieren kann, um politisch tätig zu werden, – zumindest auf Bundesebene – nicht existiert.<sup>87</sup>

Betrachtet man Eintrittsalter, Durchschnittsalter, Verweildauer und Austauschrate der Parlamentarier im OECD-Durchschnitt, so fällt auf, dass die Professionalität eines Parlaments umso größer ist, je früher die Abgeordneten Mitglied werden, je niedriger also das Durchschnittsalter, je größer die Verweildauer und je niedriger die Austauschrate ist. Man geht davon aus, dass sich jemand, der in niedrigem Alter Abgeordneter wird, eher in Abhängigkeit von Politik gibt, da er keine anderweitige ökonomische Basis aufbauen konnte. Da die Parlamentszugehörigkeit somit existenziell ist, bleibt er in der Regel auch länger im Parlament, da er sein ganzes Verhalten auf den Verbleib im Parlament ausrichtet.

---

<sup>84</sup> Juristen, Unternehmer, Journalisten usw.

<sup>85</sup> An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die spiegelbildliche (oder deskriptive) Abbildung der Gesellschaft im Parlament nicht zwangsläufig gleichzusetzen ist mit Repräsentativität; auch eine unausgewogene Repräsentation kann repräsentativ sein (vgl.: Linder; Z'graggen (2004), S. 23).

<sup>86</sup> Vgl.: Linder; Z'graggen (2004), S. 25ff.

<sup>87</sup> Vgl.: ebd.

Das Durchschnittsalter ist abhängig sowohl von Eintrittsalter als auch von Verweildauer. Ein niedriges Eintrittsalter und eine hohe Verweildauer als Anzeichen für Professionalität beeinflussen den Faktor Durchschnittsalter allerdings in gegensätzlicher Richtung. Dennoch ist in der OECD zu beobachten, dass je niedriger das Durchschnittsalter ist, desto höher ist die Professionalität. Auch die Austauschrate ist eine abhängige Variable von niedrigem Eintrittsalter und langer Verweildauer, die aber von sinkendem Eintrittsalter und steigender Verweildauer in gleicher Weise beeinflusst wird. Ihr ist damit größere Aussagekraft beizumessen als dem Kriterium des Durchschnittsalters.<sup>88</sup>

Die ersten drei Kriterien, die sich vor allem auf die Rekrutierung der Abgeordneten beziehen, sprechen dafür, dass die schweizerischen Parlamentarier die Eigenschaften für eine professionelle Amtsführung haben: Sie sind hoch qualifiziert, entstammen meist politiknahen Berufen und haben politische Vorerfahrung. Die anderen vier Kriterien, die sich vor allem auf Eintrittsalter und Verweildauer beziehen, sprechen scheinbar dagegen, dass das Parlament professionell arbeitet. Allerdings wird hier außer Acht gelassen, dass die meisten Parlamentarier eben sehr große politische Vorerfahrung haben: Während dieser „Ochsentour“ haben sie lokal-, regional-, kantonal- und ggf. sogar anderweitige bundespolitische Vorerfahrung gesammelt und entsprechende Netzwerke inkl. Verbandmitgliedschaften aufgebaut. Sie kommen also nicht als Neulinge ins Parlament, sondern sind bestens mit den dortigen Regeln und Gepflogenheiten vertraut und bringen eventuell schon eine eigene Infrastruktur mit.

Tabelle 7: Auswirkung verschiedener Variablen auf die Professionalität eines Parlaments im OECD-Vergleich.

<b>Variable<sup>89</sup></b>	<b>Ausprägung in der Schweiz</b>	<b>Professionalität</b>
Ausbildung ↑	Hoch	✓
politiknahe Berufe ↑	Überrepräsentiert	✓
politische Vorerfahrung ↑	hoch (NR 82,5%, SR 91,3 %)	✓
Eintrittsalter (in Jahren) ↓	<b>NR 46,7, SR 50,4, OECD 42,9</b>	✗
Verweildauer (in Jahren) ↑	<b>NR 7,9, SR 6,9, OECD 10,7</b>	✗
Durchschnittsalter (in Jahren) ↓	<b>NR 51,0, SR 53,4, OECD 48,9</b>	✗

<sup>88</sup> Vgl.: ebd., S. 30ff.

<sup>89</sup> In Bezug auf ihre Auswirkung auf die Professionalität.

Austauschrate (durchschnittlich pro Wahl) ↓	NR 27-37%, SR 32-43,7%,  OECD 30,9%	x
--	---	---

Quelle: Werte nach Linder / Z'graggen (2004), S. 30ff, eigene Darstellung.

## 5. Fazit

Das schweizerische politische System beansprucht für sich, gemäß dem Milizprinzip in einer anspruchsvollen, normativen Ausprägung organisiert zu sein. Es wurde überprüft, ob dies auf Bundesebene Bestand hat. Dem formellen Kriterium, nämlich dass politische Ämter in der Regel nicht hauptamtlich, sondern neben dem eigentlichen Beruf ausgeübt werden, werden die meisten Parlamentarier gerecht.

Allerdings arbeitet das Parlament hoch professionell und stellt entgegen dem eigenen Anspruch hohe faktische Eintrittshürden. Seine Rekrutierungskanäle sind daher entsprechend verengt und selektiv. Diese mangelnde Repräsentativität bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Interessen unterrepräsentierter Gruppen unberücksichtigt bleiben. So bietet die aus der Ausgestaltung des politischen Systems und der Institution des Parlaments resultierende wichtige Rolle der Verbände durchaus die Möglichkeit, diffus formulierte Interessen zu bündeln und in den Entscheidungsprozess einzubringen. Allerdings ist auch der Einfluss der Verbände abhängig von ihrer ökonomischen Basis, was auch hier zu einer selektiven, ungleichen Berücksichtigung von Interessen führen kann.

Zwar ist das schweizerische Parlament wie auch das politische System gemäß den Anforderungen des Milizprinzips organisiert und entsprechend kostengünstig<sup>90</sup>, bietet somit auch nicht die Bedingungen für professionelle parlamentarische Arbeit, allerdings arbeiten die Abgeordneten selber hoch professionell und bauen sich eine eigene Ersatzstruktur auf, die vom politischen System selber nicht zur Verfügung gestellt wird.

Es bezeichnet sich entsprechend nur ein Drittel der Parlamentarier selbst als Milizpolitiker<sup>91</sup>, die Hälfte als Halbberufspolitiker und nur ein Fünftel bezeichnet sich als Berufspolitiker.<sup>92</sup>

<sup>90</sup> Im OECD-Vergleich ist es das am zweitschwächsten professionalisierte Parlament.

<sup>91</sup> Wobei man sich hier fragen muss, ob dies mehr Anspruch oder mehr Wirklichkeit ist.

<sup>92</sup> Vgl.: Lüthi (2002), S. 150.

## 6. Quellen

### 6.1 Printquellen

*BDP* (o. D.): Zahlen und Fakten, (pdf, deutsch, unter:

<http://www.bdp.info/media/archive3/BDP%20in%20Zahlen.pdf>, letzter Zugriff: 26.05.2012).

*Fraenkel, Ernst* (1991): Möglichkeiten und Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger in einer modernen parlamentarischen Demokratie, in: ders.: Deutschland und die westlichen Demokratien. Frankfurt, S. 261-276.

*Hartleb, Florian* (2011): Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa.

Zukunftsforum Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung 107/2011, (pdf, deutsch,

[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_22741-544-1-30.pdf?110801105110](http://www.kas.de/wf/doc/kas_22741-544-1-30.pdf?110801105110), letzter Zugriff, 02.10.2012).

*Ladner, Andreas* (1999): Parteienförderung in der Schweiz. Analysen und Vorschläge, Uni Bern, Bern, (pdf, deutsch,

[http://www.andreasladner.ch/dokumente/aufsaeetze/Bericht\\_Parteienfoerderung\\_1999.pdf](http://www.andreasladner.ch/dokumente/aufsaeetze/Bericht_Parteienfoerderung_1999.pdf), letzter Zugriff: 02.10.2012).

*Ladner, Andreas* (2002): Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien, in: Klöti, Ulrich et al. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik, 3. Auflage, Zürich, S. 211-258.

*Ladner, Andreas* (2005): Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung, (pdf, deutsch,

[http://www.socio.ch/par/ladner/lad\\_02.pdf](http://www.socio.ch/par/ladner/lad_02.pdf), letzter Zugriff: 11.05.2012).

*Linder, Wolf* (1999): Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven, Bern/Stuttgart/ Wien.

*Linder, Wolf* (2009). Das politische System der Schweiz, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl., Wiesbaden, S. 567-605.

*Linder, Wolf; Z'graggen, Heidi* (2004): Professionalisierung der Parlamente im internationalen Vergleich, Universität Bern, Bern, (pdf, deutsch,

<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/berichte/weitere-berichte-und-studien/Documents/ed-pa-prof-parl-int.pdf>, letzter Zugriff: 02.10.2012).

*Lüthi, Ruth* (2002): Das Parlament, in: Klöti, Ulrich et al. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik, 3. Auflage, Zürich, S. 131-155.

*Neidhart, Leonhard* (2002): Die politische Schweiz: Fundamente und Institutionen, Zürich.

*Schmidt, Manfred G.* (2004): Wörterbuch zur Politik, 2. Aufl., Stuttgart.

*Wasner, Barbara* (2006): Eliten in Europa: Einführung in Theorien, Konzepte und Befunde, Wiesbaden.

## 6.2 Internetquellen

*AHV* (2012): Leistungen der AHV, Dokument 3.01 – Altersrenten und Hilflosenentschädigungen der AHV <http://www.ahv-iv.info/andere/00134/00143/index.html?lang=de> (letzter Zugriff: 29.05.2012).

*BUKU* (2012): Bundeskanzlei der schweizerischen Eidgenossenschaft: Der Bund kurz erklärt (Ausgabe 2012), <http://www.bk.admin.ch/dokumentation/02070/index.html?lang=de> (letzter Zugriff: 30.05.2012).

*Bundestag* (o.D.) Altersentschädigung, [http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb\\_diaeten/1335.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_diaeten/1335.html) (letzter Zugriff: 29.05.2012).

*Grüne Partei der Schweiz* (2002): Manifest der Grünen Schweiz, [http://www.gruene.ch/web/gruene/de/positionen/gruene\\_programme/gruene\\_programme/manifest\\_gps.html](http://www.gruene.ch/web/gruene/de/positionen/gruene_programme/gruene_programme/manifest_gps.html) (letzter Zugriff: 17.08.2012).

*Hermann, Michael* (2007): Das Parlamentarier-Rating für die 47. Legislatur, [http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/aktuell/das\\_parlamentarier-rating\\_fuer\\_die\\_47\\_legislatur\\_\\_1.567955.html](http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/aktuell/das_parlamentarier-rating_fuer_die_47_legislatur__1.567955.html) (letzter Zugriff: 25.05.2012).

*JSVP* (o. D.): Geschichte, <http://www.jsvp.ch/deutsch/unserepartei/geschichte.htm> (letzter Zugriff: 25.05.2012).

*Nordsieck, Wolfram* (2012): Parties and elections: <http://parties-and-elections.eu/switzerland.html> (letzter Zugriff: 10.05.2012).

*SPS* (o. D.): Positionen, <http://www.sp-ps.ch/ger/Positionen> (letzter Zugriff: 25.05.2012).

*Stadt Bern* (o. D.): Auszug aus dem Steuerregister / Steueranfragen, [http://www.bern.ch/leben\\_in\\_bern/arbeit/steuern/steuerregister](http://www.bern.ch/leben_in_bern/arbeit/steuern/steuerregister) (letzter Zugriff: 29.05.2012).

*Swissworld* (o. D.): Das Milizsystem, [http://www.swissworld.org/de/politik/politische\\_struktur/das\\_milizsystem/](http://www.swissworld.org/de/politik/politische_struktur/das_milizsystem/) (letzter Zugriff: 30.05.2012).

*VEMBV* (2003): Reglement, <http://www.parlament.ch/d/organe-mitglieder/bundesversammlung/adressen-websites-fotos/vereinigung-ehemalige-ratsmitglieder-bv/Documents/reglement-aamaf-d.pdf> (letzter Zugriff: 29.05.2012).

*VEMBV* (2012): Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Bundesversammlung (VEMBV), <http://www.parlament.ch/d/organe-mitglieder/bundesversammlung/adressen-websites-fotos/vereinigung-ehemalige-ratsmitglieder-bv/seiten/default.aspx> (letzter Zugriff: 29.05.2012).

### 6.3 Rechstexte

*Abgeordnetengesetz (AbgG)*, einzusehen unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/abgg/BJNR102970977.html#BJNR102970977BJNG000501307> (letzter Zugriff: 29.05.2012).

*Bundesgesetz über die politischen Rechte*, einzusehen unter: [http://www.admin.ch/ch/d/sr/161\\_1/index.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/161_1/index.html) (letzter Zugriff: 02.10.2012).

*Parlamentsressourcengesetz (PRG)*, einzusehen unter: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/1/171.21.de.pdf> (letzter Zugriff: 29.05.2012).

*Verordnung der Bundesversammlung vom 18. März 1988 zum Parlamentsressourcengesetz (PRG) VPRG*, einzusehen unter: [http://www.admin.ch/ch/d/sr/c171\\_211.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/c171_211.html) (letzter Zugriff: 29.05.2012).

# Anhang

Tabelle 1: Ständerat (Blatt 1/5)

Name	Abate, Fabio	Altherr, Hans	Baumann, Isidor	Berberat, Didier	Berset, Alain	Bieri, Peter	Bischof, Pirmin	Bischofberger, Ivo	Bruderer Wyss, Pascale	Comte, Raphael
Partei	FDP	FDP	CVP	SPS	SPS	CVP	CVP	CVP	SPS	FDP
Beruf	Anwalt, Notar	Rechtsanwalt, Unternehmer	Regierungsrat	Anwalt	Ökonom, Politologe	Naturwissenschaftler	Rechtsanwalt, Notar	Rektor Gymnasium Appenzell	Geschäftsführerin Krebsliga Aargau, Unternehmensberaterin	Rechtsberater, Politiker
Parteizugehörigkeit seit	2008	mind. 1989	mind. 1990	mind. 1989	mind. 2000	mind. 1995	mind. 2005	NA	mind. 1997	mind. 2000
Jugendorganisation	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/Gewerkschaft, außerparlamentarisch	verschiedene	verschiedene (Industrie, Kultur, Bildung)	versch. (Verkehr)	versch. (Verkehr, Umwelt, Bildung)	NA	verschiedene (Technik, Verkehr, Gesundheit)	verschiedene (Bereich Recht)	verschiedene (Jugend, Bildung)	verschiedene (Wirtschaft, Politik)	verschiedene (Bereich Wirtschaft)
vorherige Parteiämter?	verschiedenes bei FDP	NA	NA	SP-Kantonalpräsident	verschiedenes	NA	Annahme verschiedenes, u.a. Sprecher für Wirtschafts- und Finanzfragen der CVP Schweiz	NA	NA	NA
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Nationalrat	kantonal, derzeit Ständeratspräsident	kantonal	kantonal	kantonal, derzeit aber auch Bundesrat	kantonal, war auch Ständeratspräsident	Nationalrat	kantonal	Nationalrätin	kantonal
zuvor im Nationalrat	ja			ja			ja		ja	
bis wann im Nationalrat?	bis 2011			bis 2009			bis 2011		bis 2011	

Tabelle 1: Ständerat

Name	Cramer, Robert	Diener, Verena	Eberle, Roland	Eder, Joachim	Egerszegi-Obrist, Christine	Engler, Stefan	Fetz, Anita	Föhn, Peter	Fournier, Jean-René
Partei	GPS	GLP	SVP	FDP	FDP.Die Liberalen	CVP	SPS	SVP	CVP
Beruf	Anwalt	Ehemalige Regierungsrätin	dipl. Ing. Agr. ETH	Sekundarlehrer, Drogenberater	Politikerin, Sprachlehrerin	Jurist	Kleinunternehmerin, Organisationsberaterin	Unternehmer	Betriebswirt
Parteizugehörigkeit seit	mind. 1985	1982	mind. 1988	mind. 1983	1989 bzw. 2008	mind. 1998	1995	mind. 1995	NA
Jugendorganisation	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	ja, Junge CVP
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/Gewerkschaft, außerparlamentarisch	weniger engagiert	weniger engagiert	verschiedene: Bauernverband, Bauwesen etc.	Bildung, Gesundheit	Gesellschaft, Gesundheit	Verkehr, Bau	Umwelt, Bau	weniger engagiert	Gewerbeverband, Stiftungen Soziales etc.
vorherige Parteiämter?	u.a. kantonaler Parteipräsident, Vizepräsidium der Grünen Partei der Schweiz	u.a. Präsidentin der Grünen Partei	NA	u. a. Präsident der FDP Unterägeri	NA	NA	u. a Mitglied des Parteivorstandes der SP Basel-Stadt	u. a. Präsident, Zentralvorstand der SVP	NA
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	kantonal	Nationalrätin, Regierungsrätin	Kantonsrat	Kantonsrat	Nationalrat, Präsidentin des Nationalrates	Kantonsrat, Regierungsrat	Kantonsrat, Nationalrat	Nationalrat	Kantonsrat
zuvor im Nationalrat		ja			ja		ja	ja	
bis wann im Nationalrat?		bis 1998			bis 2007		bis 2003	bis 2011	

Tabelle 1: Ständerat

Name	Freitag, Pankraz	Germann, Hannes	Graber, Konrad	Gutzwiller, Felid	Häberli-Koller, Brigitte	Hêche, Claude	Hess, Hans	Imoberdorf, René	Janiak, Claude
Partei	FDP	SVP	CVP	FDP	CVP	SPS	FDP	CSPO	SPS
Beruf	Lehrer	Betriebs- ökonom	dipl. Wirtschaftsprüfer, Mitglied VR BDO AG	Dozent	Kauffrau	NA	Jurist	Lehrer	Jurist
Parteizugehörigkeit seit	NA	mind. 1983	ca. 1981	1972	mind. 1996	NA	parteilos, seit 1998 FDP	NA	1971
Jugendorganisation	NA	NA	ja, Junge CVP	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/Gewerkschaft, ausserparlamentarisch	verschiedene (u. a. Umwelt, Tourismus)	verschiedene (u. a. Verkehr, Hauseigentümer, Immobilien)	verschiedene (u. a. Verkehr, Industrie)	NA	NA	NA	verschiedene	NA	NA
vorherige Parteiämter?	NA	z. B. er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der SVP-Sektion Oberhallau	u. a. 1997 – 2005 Mitglied Vorstand CVP Schweiz, 1997 – 2001 Präsident CVP Kanton Luzern	Präsident Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik FDP	Präsidentin CVP Thurgau	NA	NA	NA	Präsident Landratsfraktion
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Regierungsrat	Kantonsrat	Kantonsrat	Gemeinderat	Kantonsrat	Kantonsrat	Kantonsrat	Kantonsrat	Präsident Kantonsrat
zuvor im Nationalrat				ja	ja				ja
bis wann im Nationalrat?				bis 2007	bis 2011				bis 2007

Tabelle 1: Ständerat

Name	Recordon, Luc	Savary, Géraldine	Schmid, Martin	Schwaller, Urs	Seydoux, Anne	Stadler, Markus	Stöckli, Hans	Theiler, Georges	Zanetti, Roberto
Partei	GPS	SP	FDP	CVP	CVP	GLP	SP	FDP	SP
Beruf	Rechtsanwalt	Journalistin	Regierungsrat, Rechtsanwalt	Rechtsanwalt	Juristin	Berater, Lehrer an der Gewerblichen Berufsschule St. Gallen	Fürsprecher	Unternehmer	Geschäftsleiter Suchthilfeorganisation
Parteizugehörigkeit seit	mind. 1990	mind. 1998	NA	mind. 1986	mind. 2001	2010	1976	mind. 1987	1972
Jugendorganisation	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/Gewerkschaft, außerparlamentarisch	NA	NA	NA	NA	NA	NA	diverse	diverse (Baugenossenschaft, Gewerbeverband Luzern, Junge Wirtschaftskammer etc.)	Präsident Verband der Solothurnisch-Kantonalen Polizeibeamten, Präsident Interessengemeinschaft ProVebo&Insos, Vizepräsident FC Gerlafingen
vorherige Parteiämter?	keine	Präsidentin SP Lausanne	Mitglied der Geschäftsleitung FDP Graubünden	Präsident CVP-EVP -glp Bundeshausfraktion	keine	keine	NA	Mitglied Fraktionsvorstand FDP Schweiz, Geschäftsleitungsmitglied FDP Kanton Luzern, Parteivorstand FDP Stadt Luzern	NA
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Ständerat Kanton Waadt	Mitglied Gemeinderat Lausanne	Kantonsrat	Staatsrat/Regierungsrat Kanton Freiburg	Kantonsrätin Kanton Jura	Regierungsrat Kanton Uri	Kantonsrat Bern	Grossrat Kanton Luzern	Kantonsrat Solothurn
zuvor im Nationalrat	ja	ja					ja	ja	ja
bis wann im Nationalrat?	bis 2007	bis 2007					bis 2011	bis 2011	bis 2003

Tabelle 2: Ständeratsmitglieder aus Nationalrat

Ständerat Total	Bereits im Nationalrat gewesen	Nie im Nationalrat gewesen	bis 2011 im Nationalrat gewesen (von den 18 Mitgliedern)
46	18	28	8
	39%	61%	17%
<b>SPS Ständerat</b>			
<b>SPS zuvor im Nationalrat</b>			
11	9		
100%	82%		
<b>SVP Ständerat</b>			
<b>SVP zuvor im Nationalrat</b>			
5	1		
100%	20%		
<b>FDP Ständerat</b>			
<b>FDP zuvor im Nationalrat</b>			
11	4		
	36%		
<b>GPS Ständerat</b>			
<b>GPS zuvor im Nationalrat</b>			
1	1		
<b>CVP Ständerat</b>			
<b>CVP zuvor im Nationalrat</b>			
12	2		
	17%		

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Aebi, Andreas	Aebischer, Matthias	Aeschi, Thomas	Allemann, Evi	Amarelle, Cesla	Amaudruz, Céline	Amherd, Viola	Amstutz, Adrian	Aubert, Josiane
Partei	SVP	SP	SVP	SP	SP	SVP	CVP	SVP	SP
Beruf	Agrar	Radio- und TV Moderator/ Reporter	Berater (Unternehmen, Wirtschaft, PR)	Juristin	Jurist	Jurist	Juristin, Stadtpräsidentin	Handwerker	Naturwissenschaftler
Parteizugehörigkeit seit	1977	NA	mind. 2009	1997	2000	NA	NA	NA	1992
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	JUSO	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Swissherdbook, Arbeitsgemeinschaft für Schweizer Rinderzüchter, Lobag Milch AG	Syndikat Medienschaffender, Vorstand Verein Fussverkehr Bern, Pro Velo Schweiz, Greenpeace	NA	Mieterverband, Präsidentin Swiss Music Export, Vorstand Deutschschweizer Mieterverband	Vizepräsident des FRC Romande, Gewerkschaftliche Orientierung	NA	1994 - 2006: Nebenamtliche Richterin der Eidgenössischen Personalre-kurskommission	Präsident ASTAG Schweiz, Präsident Interessengemeinschaft Berner Luftverkehr	verschiedenes, bspw. Amnesty International, "Nous tous pour le lac", Pro Familia, SVUP
vorherige Parteiämter?	Legislative der Gemeinde Alchenstorf, Gemeindepräsident von Alchenstorf	NA	Vizepräsident SVP Kanton Zug: seit 2011, seit 2009 Präsident SVP Baar		Présidence du PS vaudois: depuis mars 2008 jusqu'à avril 2012	seit 2011 Nationalrat, seit 2010 Kantonalpräsidentin der SVP Genf		Vizepräsident SVP Schweiz: seit März 2008	verschiedene
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Gemeindeparlament	Quereinsteiger	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Gemeindeparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament
Militär	Major		Oberleutnant						

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Baader, Casper	Badran Jacqueline	Barthassat, Luc	Bäumle, Martin	Bertschy, Kathrin	Binder, Max	Birrer- Heimo Prisca	Blocher, Christoph	Böhni, Thomas
Partei	SVP	SP	CVP	GL, Zürich	GL	SVP	SP	SVP	GL
Beruf	Jurist	Unternehmerin	Agrar	Wissenschaftler	Ökonomin, Sozial- wissenschaftler	Agrar	Gemeinderat	Unternehmer	Ingenieur
Parteizu- gehörigkeit seit	NA	1991	NA	NA	NA	NA	1990	NA	NA
Jugend- organi- sation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	Gründungs- mitglied / Leiterin überparteiliches Frauenforum	NA	NA
(bisherige) Verbands- mitglied- schaft/ Gewerk- schaft, außerparla- mentarisch	Präsident Abteilung Steuergericht, Mitglied Steuerrekurs- kommission Kanton Basel- Landschaft	Mieterverband, Stiftung zur behinderten- gerechten Technologienutz en, Bereich Naturschutz	Swissaid	NA	NA	NA	Wissenschaft- liche Mitarbeiterin für Regierungsrat Paul Huber	Gründungs- mitglied Studentenring, Präsident der jur. Fachschaft, MG großer Studentenrat	Vorstand Solargenos- senschaft Frauenfeld, Energieberater kanadisches Agrarministeriu m
vorherige Parteiämter ?	NA	NA	NA	Präsident Grünliberale Kanton Zürich: von Juli 2004 bis Mai 2008; Präsident Grünliberale Schweiz: seit Juli 2007	Präsidentin der glp Bern: von Juni 2008 bis November 2009	NA	Mitglied der Geschäftsleitun g der SP Luzern; Vorstandsmit- glied SP-Sektion Rothenburg	P der SVP des Kantons Zürich: von Februar 1977 bis Dezember 2003; VP der SVP Schweiz: seit März 2008	Vizepräsident der glp Thurgau: seit 2008, Gründungs- mitglied GLP Kanton Thurgau
vorheriges höchstes (öffent- liches) Amt/Quer- einsteiger Militär	Gemeinde- parlament	Gemeinde- parlament	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Gemeinde- parlament	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Bundesrat	Kantonal- parlament
	Oberst		Soldat						

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Buttet, Yannick	Candinas, Martin	Carobbio Guscetti Marina	Caroni, Andrea	Cassis, Ignazio	Chevalley Isabelle	Chopard-Acklin Max	Darbella Christophe	de Buman Dominique
Partei	CVP	CVP	SP	FDP	FDP	GLP	SP, Aargau	CVP	CVP
Beruf	Abteilungsleiter Patente und Marken von Wallis	Vertriebsleiter Generalagentur Chur, Fachschule, Sozialversicherer	Arzt	Jurist	Arzt	Beraterin, Chemiker	Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär, Gewerkschaftler)	Politiker, Agrar	Jurist
Parteizugehörigkeit seit	NA	NA	NA	1999	NA	NA	1987	NA	NA
Jugendorganisation?	Président JDC Valais romand; Président JDC district Monthey	MG JCVP, Präsident JCVP Surselva; Vorstandsmitglied Junge CVP Schweiz	NA	2007-2010 Gründungspräsident der Jungfreisinnigen Ausserrhoden	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	NA	diverse Ämter in Kulturvereinen etc.	verschiedenes im Bereich Medizin und Wohlfahrt	Mitarbeiter von Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Eidgenössisches Finanzdepartement	Vizepräsident Vereinigung der Schweizerischen Ärztinnen und Ärzte, Medizinverbände	Verbände und Vereine Ökologie, gegen Atostrom, Lehrstuhl für Ökologie der Liberalen	1984 Eintritt in Gewerkschaft, div. Umweltverbände, Arbeitnehmerverbände	NA	Verwaltungsratspräsident Vereinigung der Freunde von Hauterive, Handwerksverband
vorherige Parteiämter?	Vice-président du PDC Valais romand: depuis juin 2008	2004 - 2008 Vorstandsmitglied CVP Graubünden, Vizepräsident CVP Cadi: seit Juli 2007	NA	Vorstandsmitglied, Vizepräsident der FDP Grub AR, Mitglied der Parteileitung der FDP AR	NA	Vice-présidente du parti vert'libéral Vaud	Mitglied Vorstand SP Obersiggenthal	Président du PDC Suisse: dès septembre 2006	Kantonalsekretär der CVP 1988-93
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Queresteiger Militär	Gemeindeparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Gemeindeparlament	Gemeindeparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	NA	Kantonalparlament
					Major			Appointé	Capitaine

Tabelle 3: Nationalrat

Name	de Courten Thomas	Derder, Fathi	Egloff, Hans	Eichenberger-Walther Corina	Estermann, Yvette	Fässler, Daniel	Fässler, Hildegard	Favre, Laurent	Fehr, Hans
Partei	SVP	FDP	SVP	FDP	SVP	CVP, Appenzell	SPS	FDP	SVP
Beruf	Unternehmer	Berater (Unternehmen, Wirtschaft, PR)	Jurist	Jurist	Arzt	Landammann, Volkswirtschaftsdirektor, Rechtsanwalt	Mathematiker	Kommune/Kanton	Geschäftsführer
Parteizugehörigkeit seit	NA	NA	NA	NA	2000	NA	1980	NA	mind. 1985
Jugendorganisation?	NA	NA	Gründungsmitglied der jungen SVP	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Geschäftsführer Liga Steuerzahler, Bauernverband; Vizepräsident «neuunternehmer»	NA	Hauseigentümerverband, Mitglied der Rekurskommission VBS, Mitglied des Aufsichtsrates der SVA	verschiedene Mandate in der Wirtschaft, kulturelle Engagements	Verbände im Bereich Medizin, Homöopathie	NA	NA	verschiedene (vor allem Bereich Weinbau)	Schweizerzeit Verlags AG, Flaach
vorherige Parteiämter?	Mitglied des Zentralvorstandes der SVP Schweiz, Fraktionspräsident SVP Kanton Basel-Landschaft	NA	Präsident der Sektion Aesch, Vorstandsmitglied der Kantonalpartei	Fraktionspräsidentin	NA	NA	Vorstandsmitglied der SP Werdenberg, Ständerat, Nationalrat	NA	verschiedene (u. a. Geschäftsführer und Kantonssekretär der SVP des Kantons Zürich)
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Kantonalparlament	NA	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament
Militär	Oberleutnant		Gefreiter			Wachtmeister		Soldat	Obertleutnant

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Fehr, Jacqueline	Feller, Olivier	Feri, Yvonne	Fiala, Doris	Fischer, Roland	Flach, Beat	Flückiger-Bäni, Sylvia	Fluri, Kurt	Français, Olivier
Partei	SPS	FDP.Die	SP	FDP	GLP	GLP	SVP	FDP	FDP
Beruf	Projekt-arbeiterin	Generalsekretär	Geschäfts-führerin Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband	Berater (Unternehmen, Wirtschaft, PR)	Ökonom, Politiker	Jurist	Unternehmer	Jurist	Kommune/ Kanton
Parteizu-gehörigkeit seit	mind. 1990	mind. 1994	mind. 1993	mind. 2004	2008	2008	mind. 2000	mind. seit Anfang 90er	*2009
Jugend-organisa-tion?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbands-mitglied-schaft/ Gewerk-schaft, außerparla-mentarisch	verschiedene (Bereich Familie)	verschiedene (Bereich Wirtschaft, Immobilien)	Bereich Familie (Gründungs-mitglied Elternteam Wettingen)	Präsidentin des Kunststoff Verbandes Schweiz, Präsidentin der Aids-Hilfe Schweiz	NA	Ingenieur- und Architekten-verein, Stiftung für Behinderte Region Brugg, Windisch	Vizepräsidentin Aarg. Gewerbe-verband	verschiedene, Privatwirtschaft	verschiedene, Privatwirtschaft
vorherige Parteiämter ?	NA	NA	verschiedene	u. a. FDP- Abgeordnete in der Parlamen-tarischen Versammlung des Europarates	u. a. Vorstandsmit-glied Grünliberale kantonal	Mitbegründer der aargauischen GLP- Kantonalpartei	u. a. Vizepräsidentin SVP Schweiz: von März 2004 bis März 2008	verschiedene Vizepräsident FDP der Stadt Solothurn; Präsident der Kantonsrats-fraktion)	verschiedene
vorheriges höchstes (öffent-liches) Amt/Quer-einsteiger Militär	Kantonal-parlament	Kantonal-parlament	Kantonal-parlament	Mitglied Gemeinderat Zürich	Kantonal-parlament	Kantonal-parlament	Kantonal-parlament	Nationalrat seit 2003, 1993 Wahl als Stadtpräsident	Nationalrat seit 2007
		Korporal						Oberst	

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Gilli, Yvonne	Girod, Bastien	Glanzmann-Hunkeler, Ida	Glättli, Balthasar	Gmür, Alois	Gössi, Petra	Graf, Maya	Graf-Litscher, Edith	Grin, Jean-Pierre
Partei	GPS	GPS	CVP	GPS	CVP	FDP	GPS	SPS	SVP
Beruf	Arzt	Wissenschaftler (Natur, Physik, Geschichte)	Kauffrau	Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär, Gewerkschaftler usw.)	Braumeister	Jurist	Agrar	Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär, Gewerkschaftler)	Agrar
Parteizugehörigkeit seit	2000	mind. 2005	mind. Seit Mitte 90er	1991	1986	mind. 2004	mind. Ende 90er	mind. 2003	seit Mitte 90er
Jugendorganisation?	NA	Jungsozialisten, Junge Grüne (Gründungsmitglied)	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Vereine/ Stiftungen Gesundheitsbereich	Greenpeace Aktivist, Vorstandsmitglied Verkehrsclub	verschiedene, Stiftungen - Gesellschaft	Verbände (z. B. Mieterverbände)	verschiedenes (u.a. im Bereich Brauerei)	weniger engagiert	verschiedene, Umwelt, Mensch	verschiedene, Pädagogik, Sport	NA
vorherige Parteiämter?	verschiedene	nur Mitglied	verschiedene, Kantons- und Bundesebene	verschiedene	verschiedene	Fraktionschefin FDP. Die Liberalen Kt. SZ, Kantonsrätin	Fraktionspräsidentin Kanton Basel-Landschaft	verschiedene	verschiedene
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger Militär	Kantonalparlament, seit 2007 NR	Gemeinderatsmandat	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonsrat, seit 2007 im Nationalrat
					Major				

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Gross, Andreas	Grossen, Jürg	Grunder, Hans	Gschwind, Jean-Paul	Guhl, Bernhard	Gysi, Barbara	Hadorn, Philipp	Haller Vannini, Ursula	Hardegger, Thomas
Partei	SPS	GLP	BDP	CVP	BDP	SP	SPS	BDP	SPS
Beruf	Politikwissenschaftler	Unternehmer, Geschäftsführer Elektroplan AG	Unternehmer	Arzt	Ingenieur Elektro	Pädagoge	Gewerkschaftssekretär	Gemeinderat	Geschäftsführer
Parteizugehörigkeit seit	1974	2008	2008, BDP	NA	2008, BDP	mind. 1993	mind. 1997	2008	mind. 2001
Jugendorganisation?	Jungsozialisten	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Bereich Forschung, Wissenschaft	Bereich Wirtschaft	verschiedene (u. a. Ingenieurwesen)	NA	Bienenzüchterverein	verschiedene Gewerkschaften und Areitsgruppen (Integration, Gesundheit)	Greenpeace, WWF, VCS, amnesty international	Stiftungen zu den Bereich Bildung, Soziales	verschiedene (Wohnen - Schutz)
vorherige Parteiämter?	verschiedene	x	Vizepräsident, Vertreter der SVP in den Grossen Rat des Kantons Bern,	NA	Kantonalparteipräsident	verschiedene	verschiedene	Gründungsmitglied der BDP	verschiedene auf Gemeinde- und Kantonsebene
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung des Europarates	Quereinsteiger	Kantonalparlament	NA	Kantonsrat, Kantonalparteipräsident	Kantonalparlament	Kantonsrat, Gemeinderat	Kantonalparlament	Kantonalparlament
Militär	Soldat			Soldat					Soldat

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Hassler, Hansjörg	Hausammann, Markus	Heer, Alfred	Heim, Bea	Hess, Lorenz	Hiltpold, Hugues	Hodgers, Antonio	Huber, Gabi	Humbel Näf, Ruth
Partei	BDP	SVP	SVP	SPS	BDP	FDP	GPS	FDP	CVP
Beruf	Agrar	Agrar	Unternehmer	Pädagoge	Unternehmer, PR-Berater	Architekt	Berater (Familie, Umwelt)	Jurist	Jurist, Pädagoge
Parteizugehörigkeit seit	2008	mind. 1995	mind. 1995	mind. 1989	2008	ca. 2001	mind. 1997	1984	
Jugendorganisation?	NA	NA	NA, , Präsident SVP Kt. ZH,	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Bauernverband, Schutz Landschaft	Bauernverband, Schutz Landschaft	Bereich Finanzen	Arbeitnehmerverbände	verschiedene (Integration, Energie)	Immobilien, Wohnen	Jugend, Bildung	Versicherung, Verkehr	verschiedene, u. a. Gesundheit
vorherige Parteiämter ?	verschiedene bei SVP, jetzt bei BDP	verschiedene Gemeinde- und Kantonebene	Präsidenten der SVP des Kantons Zürich	Kantonsrätin, CO-Präsidium SP-Frauen Kt. SO	NA	2007 Präsident der kantonalen FDP Genf	verschiedene	2006-2008 Vizepräsidentin der FDP mit Zuständigkeit für die Deutschschweiz	verschiedene
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger Militär	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament
		Oberleutnant				Appointé			

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Hurter, Thomas	Hutter, Markus	Ineichen, Otto	Ingold, Maja	Jans, Beat	Joder, Rudolf	John-Calmane, Francine	Jositsch, Daniel	Kaufmann, Hans
Partei	SVP	FDP	FDP	EVP	SPS	SVP	GPS	SPS	SVP
Beruf	Linienpilot	Unternehmer	Unternehmer	Politiker	Geschäftsführer	Jurist	Berater (Familie, Umwelt)	Pädagoge	Berater (Unternehmen, Wirtschaft, PR)
Parteizugehörigkeit seit	mind. 2005	mind. 2003, bzw. 2008	mind. 2003	1996	1998	mind. 1995	NA	mind. 2000	1993
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	verschiedenes, u. a. Verkehr	Automobil und Hauseigentum	Immobilien, Wirtschaft allgemein (dazu Stiftungen, Unternehmen)	Stiftung Brot für alle, Vogelschutz	Verkehr, Energie	weniger engagiert	Arbeitslosenverband, Verbraucherschutz, Umweltschutz	Präsident Kaufmännischer Verein	Privatwirtschaft, Verwaltungsratsmandate
vorherige Parteiämter?	Präsident der SVP der Stadt Schaffhausen	Stadt-parlament von Winterthur sowie im Kantonsrat, auf nationaler Ebene Die Liberalen	verschiedene	Kanton Zürich, (Präsidentin EVP-Fraktion und Mitglied Geschäftsleitung)	Präsidenten der SP Basel-Stadt, 2001 in den Grossen Rat	Grossrat, Präsident der Schweiz. Volkspartei des Kantons Bern, Präsident	verschiedene	verschiedene	x
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Kantonsrat, dazu aber Quereinsteiger	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Quereinsteiger
Militär	Hauptmann	Hauptmann	Soldat					Major	

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Keller, Peter	Kessler, Margit	Kiener Nellen, Margret	Killer, Hans	Knecht, Hansjörg	Landolt, Martin	Lehmann, Markus	Leuenberger, Ueli	Leutenegger, Filippo
Partei	SVP	GLP/parteilos	SPS	SVP	SVP	BDP	CVP	GPS	FDP
Beruf	Journalist	Präsidenten SPO Patientenschutz	Jurist	Handwerker	Müllerei- Unternehmer	Ökonom	Versicherungs- broker	Sozialarbeiter	Unternehmer, Verleger
Parteizu- gehörigkeit seit	mind. 2004	parteilos	mind. 1990	NA	NA	bis 2008 SVP, Gründung BDP	1990	1988	2003
Jugend- organi- sation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbands- mitglied- schaft/ Gewerk- schaft, außerparla- mentarisch	NA	Vorstand Berufsverband, Präsidentin Stiftung SPO	Präsidentin Bernsport, Aufsichtsrat Pflege- versicherung, Mieterverband	Präsident Aushub-, Rückbau- und Recycling- verband, Präsident Bauenschweiz	Präsident Hauseigentümer verband	NA	Stiftungs- kommission	Gewerkschaften , Menschenrechts- gruppen	Verbände
vorherige Parteiämter ?	verschiedene	andere Partei (CVP)	kantonal, regional, lokal	NA	verschiedene	ehem. SVP, Mitgründer und präsident BDP	verschiedene	verschiedene	x
vorheriges höchstes (öffent- liches) Amt/Quer- einsteiger Militär	Mitglied Landrat	keines, Quereinsteiger	Kantonsrat	Präsident Kantonsrat	Kantonsrat	Landrat	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Quereinsteiger
				Gefreiter	Soldat		Gefreiter		Fachoffizier

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Leutenegger Oberholzer, Susanne	Levrat, Christian	Lohr, Christian	Lüscher, Christian	Lustenberger, Ruedi	Maier, Thomas	Maire, Jacques-André	Malama, Peter	Markwalder, Christa
Partei	SPS	SPS	CVP	FDP	CVP	GLP	SPS	FDP	FDP
Beruf	Juristin	Jurist	Journalist	Jurist	Handwerker	Physiker	Biologe	Ökonom	Jurist
Parteizugehörigkeit seit	mind.1983	mind. 2001	mind. 2003	mind. 2005	mind. 2005	1995	mind. 1993	1982	2003
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Gewerkschaft	Gewerkschaft, Flüchtlingshilfe	Behindertensport	Präsidium Fußballverein	Gewerbeverbände, Vereine (jeweils Präsident)	NA	Kultur, Sport	Gewerbeverband Basel, Verbände, Vereine	Soziale Verbände, ökologische Verbände
vorherige Parteiämter ?	verschiedene	verschiedene	verschiedene	NA	Kantonspräsident CVP	Geschäftleitung GLP	NA	Fraktionsvorstand FDP	verschiedene
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger Militär	Landräten, Kantonsrichterin	Kantonalparlament	Präsident Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament
		Soldat			Unteroffizier		Soldat	Oberst	

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Marra, Ada	Meier-Schatz, Lucrezia	Moret, Isabelle	Mörgeli, Christoph	Moser, Tiana Angelina	Müller, Philipp	Müller, Geri	Müller, Thomas	Müller, Walter
Partei	SPS	CVP	FDP	SVP	GLP	FDP	GPS	SVP	FDP
Beruf	NA	Unternehmer, Politologe	Jurist	Pädagoge	Wissenschaftler	Unternehmer	Kulturvermittler	Jurist	Agrar
Parteizugehörigkeit seit	NA, vermutl. länger	1975	mind. 1998		2005	mind. 1996	mind. 1995	mind. 1992	mind. 1975
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	ja	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Caritas	Verbände (eher zivilgesellschaftlich)	Sozialverbände	Verbände (Beruf, Kultur)	keine	NA	Menschenrechtsorganisation, Sozialverbände	Zivilgesellschaftliches	Bauernverband, Landwirtschaft; Umweltschutz
vorherige Parteiämter?	NA	u.a. Präsidium CVP	Vize Jungreisinnige	SVP Chefprogrammkommission	Parteivorstand	Präsident Ortspartei	Fraktionspräsident Kantonalparlament	NA	Präsident FDP Wartau
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger Militär	Kantonalparlament	Eidgenössische Kommissionen	Kantonalparlament	Kantonalparlament	keins (Quereinsteigerin? Nein, Parteikarriere)	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonsrat	keins
				Obertleutnant		Soldat		Oberleutnant	Oberleutnant

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Müller, Leo	Müller- Altermatt, Stefan	Müri, Felix	Naef, Martin	Neiryneck, Jacques	Nidegger, Yves	Nordmann, Roger	Noser, Ruedi	Nussbaum, Eric
Partei	CVP	CVP	SVP	SPS	CVP	SVP	SP	FDP	SPS
Beruf	Jurist	Biologe	Unternehmer	Jurist	Schriftsteller	Jurist	Politikberater	Unternehmer	Unternehmer
Parteizu- gehörigkeit seit	NA	Mind. 2003	mind. 1999	1991	nA	2002	mind. 2004	mind. 1999	mind. 1995
Jugend- organi- sation?	NA	ja	NA	NA	NA	Nein	NA	NA	NA
(bisherige) Verbands- mitglied- schaft/ Gewerk- schaft, außerparla- mentarisch	Arbeitsgemein- schaft Wirtschaft und Gesellschaft; Landwirtschafts- verbände, Stiftungen	Umwelt	Gewerbe- verbände	Bürgerrechte, Sozialverbände	Verbraucher- schutz	NA	Menschen- rechte, Umweltschutz, Soziales	Brufsverbände	Umwelt- /Energieverbän- de
vorherige Parteiämter ?	Vorstand CVP Kanton	Vorstand CVP Thal	Präsident SVP Kanton Luzern	Präsident SP Kanton Zürich	NA	Vizepräsident SVP	Vize-Präsident SP	Vizepräsident FDP Zürich	Präsident SP Kanton Basel Landschaft
vorheriges höchstes (öffent- liches) Amt/Quer- einsteiger	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament, trotzdem eher Quereinsteiger	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Kantonal- parlament	Landrats- präsident
Militär	Major		Gefreiter			Soldat	Soldat	Soldat	

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Pantani, Roberta	Pardini, Corrado	Parmelin, Guy	Pelli, Fulvio	Perrin, Yvan	Pezzatti, Bruno	Pfister, Gerhard	Pieren, Nadja	Piller Carrard, Valérie
Partei	Lega	SPS	SVP	FDP	SVP	FDP	CVP	SVP	SPS
Beruf	Treuhänder	Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär, Gewerkschaftler)	Agrar	Jurist	Polizist	Unternehmer	Pädagoge	Pädagoge	kaufm. Angestellte
Parteizugehörigkeit seit	mind. 1997	2002	mind. 2000	mind. 1980	mind. 2000	NA	mind. 1999	mind. 2006	mind. 2008
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	NA	Gewerkschaft - Co-Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Bern	Landwirtschaftsverbände	Banken, Verwicherungen	NA	Unternehmerverbände, Gewerbeverbände	Stiftungen, Verwaltungsräte	NA	NA
vorherige Parteiämter ?	NA	Vorstand SP Madretsch	Präsident SVP Vaud	verschiedene, Präsident FDP Ticino	keins	Präsident FDP Menzing	Präsident CVP Kanton Zug	Vize-Präsidentin SVP CH	Präsident SPS Broye
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger Militär	Vize-Bürgermeister	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Gemeinderat	Kantonsratspräsident	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonalparlament
			Caporal	Unteroffizier	Caporal	Gefreiter			

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Poggia, Mauro	Quadranti-Stahel, Rosmarie	Quadri, Lorenzo	Regazzi, Fabio	Reimann, Maximilian	Reimann, Lukas	Reynard, Mathias	Ribaux, Alain	Rickli, Natalie
Partei	MCG, vorm. CVP	BDP, vorm. SVP	Lega	CVP	SVP	SVP	SPS	FDP	SVP
Beruf	Jurist	Kauffrau	Jurist	Unternehmer	Jurist	Gemeinderat	Pädagoge	Berufspolitiker	Manager
Parteizugehörigkeit seit	mind. 2008	NA	länger	NA	1983	1999	mind. 2005	NA	1996
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	Junge SVP Schweiz, Mitgründer Junge SVP St. Gallen	Präsident der Sozialistischen Jugend Wallis	NA	Sekretärin Junge SVP
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Verbraucherschutz, Sozialverbände	NA	NA	NA	diverse (Journalismus, Energiepolitik, Heimatschutz, Umwelt etc.)	diverse (Vorstandsmitglied AUNS, Mitglied Redaktion "Freie Schweiz" etc)	Redakteur und Herausgeber des "Menschen Wallis"	NA	NA
vorherige Parteiämter ?	NA (Parteiwechsel, vermutlich höhere Ämter vormals)	Vizepräsidentin BDP Volketswill	NA	NA	Vizepräsident SVP Bezirk Laufenburg	Vorstandsmitglied SVP Kanton St. Gallen	NA	NA	Präsidentin SVP, Vizepräsidentin SVP Bundeshausfraktion
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger Militär	Kantonalparlament	Lokalpolitik	Kantonalrat	Kantonalparlament	Gemeinderat	Kantonsrat	Kantonalparlament	Kantonalparlament	Kantonsrat
				Sergente	Hauptmann	Soldat		Leutnant	

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Riklin, Kathy	Rime, Jean-Francois	Ritter, Markus	Romano, Marco	Rossini, Stéphane	Rösti, Albert	Roth-Bernasconi, Maria	Rusconi, Pierre	Rytz, Regula
Partei	CVP	SVP	CVP	CVP	SPS	SVP	SPS	SVP	GPS
Beruf	Naturwissenschaftler	Unternehmer	Wirtschaftsingenieur, Agrar	Sekretär Kantonalbank, Redakteur "Popolo e Liberta"	Pädagoge	Gemeinderat	Arzt/ Krankenschwester	Treuhänder	Wissenschaftler (Natur, Physik, Geschichte)
Parteizugehörigkeit seit	mind. 1982	2002	NA	mind. 2004	mind. 1993	NA	1985	NA	mind. 1993
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	diverse (Umwelt, Universität)	NA	Präsident Bauernverband, Stiftungsrat Landwirtschaft und Behinderte	Genossenschaft für italienische Sprache in der Schweiz (Radio und Fernsehen)	NA	diverse (Landwirtschaft)	NA	NA	Zentralsekretärin Schweizerischer Gewerkschaftsbund
vorherige Parteiämter ?	NA	NA	NA	Generalsekretär Kanton Schweiz	NA	Vorstandsmitglied SVP Fraktion des National- und Ständerates, Mitglied Zentralvorstand SVP Schweiz	Präsidentin SP-Sektion Lancy	NA	Co-Präsidentin Grüne Partei Schweiz
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger Militär	Gemeindepolitik	Gemeindepolitik	Gemeindepolitik	Kantonspolitik	Kantonalparlament	Gemeindepolitik	Kantonalparlament	NA	Kantonsrat
		Soldat	Gefreiter	Soldat		Gefreiter			

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Schelbert, Louis	Schenker, Silvia	Schläfli-Kocher, Urs	Schmid-Federer, Barbara	Schneeberger, Daniela	Schneider-Schneiter, Elisabeth	Schwaab, Jean Cristophe	Schwander, Pirmin	Semadeni Bruderer, Silva
Partei	GPS	SPS	CVP	CVP	FDP	CVP	SP	SVP	SPS
Beruf	Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär, Gewerkschaftler usw.)	Sozialarbeiter	Agrar	Unternehmer	Unternehmer	Jurist	Bereich Versicherung	Unternehmer	Pädagoge
Parteizugehörigkeit seit	mind. 1979	mind. 1997	NA	NA	mind. 1999	mind. 1999	mind. 1999	NA	1980
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Geschäftsleiter Gewerkschaftsbund, Präsident Schweiz. Verband für Wohnungswesen	NA	diverse (Landwirtschaft)	Vizepräsidentin Kinderhilfe Bethlehem, Präsidentin Schweizerische IGFM	Präsidentin Gewerbeverein Sissach & Umgebung	diverse (Jugend, Verkehr)	NA	Präsident AUNS	Präsidentin Pro Natura
vorherige Parteiämter?	Fraktionspräsident GB-Fraktion, Mitglied Präsidentenkonferenz/ Geschäftsleitung des GR	Vizepräsidentin SP Schweiz	NA	Mitglied Präsidium CVP Schweiz	NA	Mitglied Fraktionsvorstand CVP /EVP	NA	NA	Vizepräsidentin SP Graubünden
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Kantonsrat	Kantonsrat	Kantonsrat	Quereinsteigerin	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	NA	Gemeindepolitik
Militär	Soldat							Oberst	

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Sommaruga, Carlo	Spuhler, Peter	Stahl, Jürg	Stamm, Luzi	Steiert, Jean-François	Streiff-Feller, Marianne	Teuscher, Franziska	Thorens Goumaz, Adèle	Tornare, Manuel
Partei	SPS	SVP	SVP	SVP	SPS	EVP	GPS	GPS	SPS
Beruf	Jurist	Unternehmer	Geschäftsführer	Ökonom	Pädagoge	Pädagoge	Zentral-präsidentin Verkehrsclub der Schweiz	Berater (Familie, Umwelt)	Pädagoge
Parteizugehörigkeit seit	mind. 1991	mind. 1999	mind. 1994	2001	NA	NA	NA	1999	1973
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	NA	Arbeitgeberverband Mittelthurgau, IG Freiheit, Industrie- und Handelskammer Thurgau	diverse (Sport)	Auto-Allianz, IG Schweiz, Vizepräsident AUNS	NA	Präsidentins Branchenverband für Menschen mit Behinderung	Präsidentin Verkehrs-Club der Schweiz	WWF Schweiz	diverse (Universität, Sprache, Theater)
vorherige Parteiämter ?	NA	NA	Fraktionspräsident SVP	Vizepräsident SVP Schweiz	Generalsekretär SP Schweiz, SP-Fraktion der Bundesversammlung	Präsidentin EVP-Fraktion Kanton Bern	Vize-präsidentin der Schweizer Grünen	Co-Präsidentin Grüne Partei Schweiz	NA
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Kantonspolitik	Quereinsteiger	Gemeindepolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Quereinsteigerin	Gemeindepolitik	Gemeindepolitik
Militär		Hauptmann	Major	Korporal					Soldat

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Tschäppät, Alexander	Tschümperlin, Andy	van Singer, Christian	Veillon, Pierre-François	Vischer, Daniel	Vitali, Albert	Vogler, Karl	von Graffenried, Alec	von Siebenthal, Erich
Partei	SP	SPS	GPS	SVP	GPS	FDP	CSP Obwalden	GPS	SVP
Beruf	Stadtpräsident	Pädagoge	Wissenschaftler (Natur, Physik)	Agrar	Jurist	Geschäftsführer	Jurist	Jurist	Bergbauer
Parteizugehörigkeit seit	NA	mind. 1996	NA	mind. 1985	1990	mind. 1995	1976	NAPräsident Bern Tourismus	1978
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Präsident Schweizerischer kaufmännischer Verband	NA	NA	Verkehr, Transport	Gewerkschaft VPOD Luftverkehr	NA	diverse	diverse (Umwelt, Kultur, gemeinnützig)	NA
vorherige Parteiämter ?	NA	Vizepräsident SP-Fraktion	NA	NA	Regierungsratskandidat der Grünen	Fraktionspräsident	Co-Präsident CSP Obwalden	NA	NA
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Gemeindepolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Gemeindepolitik	Kantonspolitik
Militär		Gefreiter	Soldat					Gefreiter	Gefreiter

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Voruz, Eric	Walter, Hansjörg	Wandfluh, Hansruedi	Wasserfallen, Christian	Weibel, Thomas	Wermuth, Cédric	Wobmann, Walter	Wyss, Ursula	Ziörjen, Lothar
Partei	SP	SVP	SVP	FDP	GLP	SP	SVP	SPS	BDP
Beruf	Treuhänder	Agrar	Unternehmer	Ingenieur Technik	Pädagoge	Projektleiter	Verkaufsleiter	Ökonom	Architekt
Parteizugehörigkeit seit	1966	NA	mind. 1998	2000	mind. 1998	1999	NA	1989	2001
Jugendorganisation?	NA	NA	NA	Vorstand Jungreisinnigen	NA	Partei-präsident Juso Schweiz	NA	NA	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Präsident der Plattform zu den Sans-Papiers	Präsident Schweizerischer Bauernverband	NA	Vorstand Nuklearforum Schweiz	NA	Mitglied Verkehrs-Club Schweiz, Gewerkschaften VPOD und Unia	Hauseigentümerverband. FM u.a.	diverse (Energie, Klimaschutz, Kommunikation)	NA
vorherige Parteiämter?	NA	SVP-Fraktionspräsident	Vizepräsident SVP-Bundeshausfraktion	Mitglied Vizepräsidium FDP	Präsident GLP Bezirk Horgen, Fraktionspräsident GLP Kantonsrat	Vizepräsident SP Schweiz	NA	Fraktionspräsidentin SP Schweiz Bundeshaus	NA
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Gemeindepolitik	Kantonspolitik	Gemeindepolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik	Kantonspolitik
Militär		Major	Oberleutnant	Gefreiter			Gefreiter		

Tabelle 3: Nationalrat

Name	Zuppiger, Bruno
Partei	SVP
Beruf	Unternehmer
Parteizugehörigkeit seit	1976
Jugendorganisation?	NA
(bisherige) Verbandsmitgliedschaft/ Gewerkschaft, außerparlamentarisch	Schweizerischer Gewerbeverband, Küchen-Verband Schweiz
vorherige Parteiämter?	Vorstandsmitglied SVP Kanton Zürich
vorheriges höchstes (öffentliches) Amt/Quereinsteiger	Kantonspolitik
Militär	Oberst

Tabelle 4:Berufsgruppen Nationalrat nach Parteien

<b>SVP</b>			<b>SPS</b>		
Agrar	10	19%	Arzt	3	7%
Handwerker	3	6%	Bereich Versicherung	1	2%
Unternehmer/ Geschäftsführer	16	30%	Biologe	1	2%
Gemeinderat	2	4%	Gemeinde/Stadt	2	4%
Polizist	2	4%	Moderator	1	2%
Arzt	1	2%	Gewerkschaft	4	9%
Manager, Berater	6	11%	Jurist	7	16%
Journalist	1	2%	Projektleiter/-arbeiter	2	4%
Jurist	9	17%	Unternehmer/ Geschäftsführung	7	16%
Pädagoge	3	6%	Pädagoge/Sozialarbeiter	11	24%
Ökonom	1	2%	Ökonom	1	2%
Total	54	100%	Wissenschaftler	3	7%
			Sonstiges	2	4%
			Total	45	100%
<b>FDP</b>					
Jurist	9	30%	<b>GPS</b>		
Berater (Wirtschaft, PR)	2	7%	Arzt	3	20%
Arzt	1	3%	Berater (Familie, Umwelt)	3	20%
Unternehmer	7	23%	Sozialarbeiter/Kulturvermittler	2	13%
Generalsekretär	4	13%	Wissenschaftler (Natur, Physik, Geschichte)	3	20%
Ingenieur Technik	4	13%	Gewerkschaft (Gewerkschaftssekretär, Gewerkschaftler usw.)	2	13%
Kommune/Kanton	2	7%	Jurist	2	13%
Ökonom	1	3%	Total	15	100%
Total	30	100%			

Tabelle 4:Berufsgruppen Nationalrat nach Parteien

<b>CVP</b>		
<b>Jurist</b>	5	18%
<b>Agrar</b>	5	18%
<b>Journalist/Schriftsteller</b>	3	11%
<b>Pädagoge</b>	3	11%
<b>Unternehmer/ leitende Position</b>	6	21%
<b>Arzt</b>	1	4%
<b>Handwerker</b>	1	4%
<b>Naturwissenschaftler</b>	2	7%
<b>Braumeister</b>	1	4%
<b>Kauffrau</b>	1	4%
<b>Total</b>	28	100%

Tabelle 5: Militärische Ränge der Nationalräte nach Parteien

<b>GPS</b>	<b>Total</b>	<b>Soldat/Gefreiter</b>	<b>Durchschnitt</b>					
	15	3	20%					
<b>SVP</b>	<b>Total</b>	<b>Major</b>	<b>Oberleutnant/ Oberst</b>	<b>Hauptmann</b>	<b>Soldat/Gefreiter/Appointé</b>	<b>Korporal</b>	<b>Durchschnitt</b>	
	54	4	10	3	12	4	61%	
<b>SPS</b>	<b>Total</b>	<b>Major</b>	<b>Soldat/ Gefreiter</b>	<b>Durchschnitt</b>				
	45	1	8	20%				
<b>FDP</b>	<b>Total</b>	<b>Oberst/Oberleutnant</b>	<b>Offizier (Fach-/Unter-)</b>	<b>Hauptmann/Korporal</b>	<b>Soldat/Gefreiter/Appointé</b>	<b>Major</b>	<b>Durchschnitt</b>	
	30	4	2	3	7	1	57%	
<b>CVP</b>	<b>Total</b>	<b>Major</b>	<b>Offizier (Unter-)</b>	<b>Soldat/Gefreiter/Appointé</b>	<b>Durchschnitt</b>			
	28	4	3	6	46%			

Tabelle 6: Verbleib zurückgetretener Nationalratstglieder

<b>Name</b>	Zisyadis, Joseph	Gadient, Brigitta	Bader, Elvira	Cathomas, Sep	Loepfe, Arthur	Meyer-Kaelin, Thérèse	Robbiani, Meinrado	Simoneschi-Cortesi, Chiara	Wehrli, Reto	Zemp, Markus	Abate, Fabio
<b>Partei</b>	Alternative Linke	BDP	CVP	CVP	CVP	CVP	CVP	CVP	CVP	CVP	FDP
<b>Beruf</b>	Theologe, Pastor, Kantonalsekretär	Juristin	Bäuerin	Architekt	Betriebswirt	Laborantine	Segretario sindacale	Politikerin	Anwalt	Ingenieur Agronom	Anwalt und Notar
<b>Berufsgruppe</b>		Jurist	Landwirtschaft	Architektur	Ökonom	Wissenschaft	Gewerkschaft	Politiker	Jurist	Ingenieur	Jurist
<b>anschliessende private Tätigkeit</b>	NA	NA	Arbeit für ein Museum	NA	NA	NA	NA	Präsidentin Personalverband Transfair	NA	NA	jetzt im Ständerat
<b>anschliessende Parteifunktion</b>	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
<b>NR-Perioden</b>	4	4	3	2	3	3	3	3	2	1	3
<b>wann bis wann</b>	91-96, 99-2011	95-2011	99-2011	2003-2011	99-2011	99-2011	99-2011	99-2011	2003-2011	2006-2011	2000-2011
<b>Rücktrittsalter</b>	55	51	56	66	69	63	60	65	46	57	45
<b>Warum Rücktritt? (lt. Presse)</b>	NA	Parteiinterne Konflikte	Rückzug ins Private	NA	NA	NA	NA	Geplanter Ausstieg	Karriere (Firmengründung, Pensionskassengeschäft)	NA	NA
<b>Rücktrittsgrund</b>	NA	Partei	Privates	NA	NA	NA	NA	Privates	Privates	NA	NA

Tabelle 6: Verbleib zurückgetretener Nationalratsglieder

<b>Name</b>	Brunschwig-Graf, Martine	Engelberger, Edi	Favre, Charles	Gysin, Hans Rudolf	Kleiner, Marianne	Messmer, Werner	Ruey, Claude	Theiler, Georges	Triponez, Pierre	Brélaz, Daniel	Frösch, Therese
<b>Partei</b>	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	GPS	Grünes Bündnis
<b>Beruf</b>	Economiste	Unternehmer	Unternehmensberater	Direktor Wirtschaftskammer Baselland	Psychologin	Baumeister	Anwalt und Notar	Unternehmer	Jurist, Schweiz. Gewerbeverband	Lehrer	Politikerin
<b>Berufsgruppe</b>	Ökonom	Unternehmer	Beratung	Administration	Medizin	Handwerk	Jurist	Unternehmer	Arbeitnehmerverband	Pädagoge	Politiker
<b>anschliessende private Tätigkeit</b>	Präsidentin der Kommission gegen Rassismus	NA	NA	NA	NA	NA	NA	jetzt im Ständerat	NA	NA	NA
<b>anschliessende Partei-funktion</b>	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
<b>NR-Perioden</b>	2	4	3	6	2	3	3	4	3	6	2
<b>wann bis wann</b>	2003-2011	95-2011	99-2011	87-2011	2003-2011	99-2011	99-2011	95-2011	99-2011	79-89, 2007-2011	2003-2011
<b>Rücktrittsalter</b>	61	71	54	71	64	66	62	62	68	61	60
<b>Warum Rücktritt? (lt. Presse)</b>	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	Kandidatur Ständerat	NA	NA	NA
<b>Rücktrittsgrund</b>	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	Partei	NA	NA	NA

Tabelle 6: Verbleib zurückgetretener Nationalratstglieder

Name	Fehr, Mario	Goll, Christine	Hämmerle, Andrea	Pedrina, Fabio	Rennwald, Jean-Claude	Rielle, Jean-Charles	Stump, Doris	Thanei, Anita	Baumann, J. Alexander	Föhn, Peter	Füglister, Lieni
Partei	SP	SP	SP	SP	SP	SP	SP	SP	SVP	SVP	SVP
Beruf	Jurist	Selbständige Ausbilderin und Beraterin	Jurist, Biobauer (m)	Ökonom	Gewerkschafter	Arzt	Verlegerin	Anwältin	Anwalt	Unternehmer	Unternehmer, Unternehmensberater
Berufsgruppe	Jurist	Beratung	Jurist	Ökonom	Gewerk-schaft	Medizin	Unternehmer	Jurist	Jurist	Unternehmer	Unternehmer
anschliessende private Tätigkeit	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	er ist jetzt im Ständerat	Beratung
anschliessende Parteifunktion	Im Züricher Regierungsrat	NA	NA	NA	NA	NA	NA	eventuell nicht, denn Nomination verweigert --> parteiintern	NA	NA	NA
NR-Perioden	3	5	5	3	4	1	4	4	4	4	1
wann bis wann	99-2011	91-2011	91-2011	99-2011	95-2011	2007-2011	95-2011	95-2011	95-2011	95-2011	2005-2011
Rücktrittsalter	53	55	65	57	58	59	61	57	69	59	60
Warum Rücktritt? (lt. Presse)	NA	Von Jusos zum Rücktritt aufgefordert	Ruhestand nach 20 Jahren	NA	NA	NA	NA	von Jusos zum Rücktritt aufgefordert	gemäß SVP-Statut max. 4 Legislaturperioden in NR	max. 4 Legislaturperioden = 16 Jahre, Kandidatur Ständerat	wegen Unzufriedenheit in der Partei, trat nicht wieder an
Rücktrittsgrund	NA	Partei	Privates	NA	NA	NA	NA	Partei	Partei	Partei	Partei

Tabelle 6: Verbleib zurückgetretener Nationalratstglieder

<b>Name</b>	Glur, Walter	Kunz, Josef	Pfister, Theophil	Rutschmann, Hans	Schenk, Simon
<b>Partei</b>	SVP	SVP	SVP	SVP	SVP
<b>Beruf</b>	Landwirt	Landwirt	Fachlehrer und Informatiker	Architekt, Unternehmer	Sportchef GCK Lions
<b>Berufsgruppe</b>	Landwirtschaft	Landwirtschaft	Pädagoge	Unternehmer	Sport
<b>anschliessende private Tätigkeit</b>	Lobbyist (Ehrenpräsident von Swiss Beef Mittelland)	NA	NA	Präsident kantonaler Gewerbeverband, div. Verwaltungsräte	NA
<b>anschliessende Parteifunktion</b>	NA	Präsident SVP Kanton Luzern seit April 2009	NA	NA	NA
<b>NR-Perioden</b>	3	4	3	2	4
<b>wann bis wann</b>	99-2011	95-2011	99-2011	2004-2011	94-2011
<b>Rücktrittsalter</b>	68	66	69	64	65
<b>Warum Rücktritt? (lt. Presse)</b>	Rückzug ins Private	gemäß SVP-Statut max. 4 Legislaturperioden = 16 Jahre	Will Jüngeren Platz machen	Rückzug ins Private	gemäß SVP-Statut max. 4 Legislaturperioden = 16 Jahre
<b>Rücktrittsgrund</b>	Privates	Partei	Partei	Privates	Partei

Tabelle 7: Verbleib zurückgetretener Ständeratsmitglieder

Name	Inderkum, Hansheiri	Maissen, Theo	Stähelin, Philipp	Briner, Peter	Büttiker, Rolf	Forster, Erika	Leumann, Helen	Marty, Dick	Schweiger, Rolf	Brändli, Christoffel	Bürgi, Hermann	Reimann, Maximilian
Partei	CVP	CVP	CVP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	SVP	SVP	SVP
Beruf	Anwalt, Notar	Ingenieur Agronom	Anwalt	Kaufmann	Unternehmer	Geschäftsfrau	Geschäftsfrau	Berater	Anwalt	Berater	Anwalt	Finanz-jurist
Berufsgruppe	Jurist	Agronom	Jurist	Kaufmann	Unternehmer	Unternehmer	Unternehmer	Beratung	Jurist	Beratung	Jurist	Jurist
anschliessende private Tätigkeit	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	wieder in NR
anschliessende Partei-funktion	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA	NA
NR-Perioden	4	4	3	3	5	4	4	4	3	4	3	4
wann bis wann	95-2011	95-2011	99-2011	99-2011	91-2011, im NR: 87-91	95-2011	95-2011	95-2011	99-2011	95-2011	99-2011	95-2011, NR: 87-95, ab 2011
Rücktritts-alter	64	67	67	68	61	67	68	66	66	68	65	69
Warum Rücktritt? (lt. Presse)	NA	NA	NA	Firma	zu Rücktritt (Alter)	zu Rücktritt (Alter)	NA	NA	Burnout	NA	NA	Kandidatur NR
Rücktritts-grund	NA	NA	NA	Privates	Partei	Partei	NA	NA	Privates	NA	NA	Partei

Tabelle 8: Verbleib nicht-wiedergewählter Nationalratsmitglieder

Name	Lang, Josef	Egger-Wyss, Esther	Hany, Urs	Hochreutener, Norbert	Roux, Paul-André	Schmidt, Roberto	Segmüller, Pius	Caviezel, Tarzsius	Flück, Peter	Perrinjaquet, Sylvie	Bänziger, Marlies	Lachenmeier-Thüring, Anita	Prelicz-Huber, Katharina
Partei	Alternative Linke	CVP	CVP	CVP	CVP	CVP	CVP	FDP	FDP	FDP	GPS	GPS	GPS
Ausbildung	Historiker, Lehrer	Kauffrau	Dipl. Bauingenieur	lic. Iur.	Finanzwissenschaftler	lic. Iur.	Dipl. Phil. I	Eidg. dipl. Elektroinstallateur	Sanitärplaner, Lehrer	NA	Lehrerin	Lehrerin	Professorin
Berufsgruppe	Pädagoge	Hausfrau/-mann	Unternehmer	Jurist	Finanzen	Jurist	Unternehmer und Berater	Handwerk	Pädagoge	Politiker	Pädagoge	Pädagoge	Pädagoge
Alter bei Mandatsverlustes	57	59	56	65	51	49	59	57	54	56	51	52	52
Verbands-/Gewerkschaftsmitgliedschaft vor Mandat	NA	NA	NA	CH Versicherungsverband, Sozial- und Menschenrechtsverbände	Landwirtschaft, Energie, Finanzen, Immobilien	NA	NA	Präsident Paritätische Landeskommission	Kulturverbände, Sozialverbände	Sozial- und Wirtschaftsverbände	NA	Pro Velo, WWF, Greenpeace, NWA, Kath. Frauenbund	Anti AKW- und Friedensbewegung, Gewerkschaftsmitglied seit 1985
anschließende private Tätigkeit	Hochschullehrer	Familienfrau, Vorstand	Unternehmer	Autor, Jurist	Finanzberater, div. Verwaltungsgremien	Gemeindepräsident	priv. Sicherheitsberater; Berater Verteidigungsministerium	MG div. Verwaltungsräte und Stiftungsräte	Gemeindepräsident, MG div. Verwaltungsräte	NA	NA	Teilzeitjob als Textil-, Werk- und Religionslehrerin an einer Primarschule	NA
anschließende Parteifunktion	NA	NA	NA	Präsident CVP 60+ (Seniorenvertretung der CVP)	NA	NA	NA	Kandidatur Landmann	Kantonalparlament Bern	NA	NA	weiterhin Mitglied der Geschäftsleitung der Grünen Basel-Stadt	NA
anschließende öffentliche Funktion	Revisor Literarische Gesellschaft Zug, Umweltverbände	Hauseigentümergeverband CH; Spitexverband, Kinderspitexverband, zivilgesellschaftliche Verbände	Verbände: Landwirtschaft, handwerk, Infrastruktur (Vorstand, Verealtungsrat usw.)	CH Versicherungsverband, Sozial- und Menschenrechtsverbände	Verbandstätigkeiten	Vorstand Operette Leuk (Künstlerischer Leiter), Dirigent versch. Chöre	NA	Präsident Eidg. Jodlerfest 2014, Vizepräsident Verband Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen	NA	Präsidentin Kantonales Schützenfest, Kirchliches Engagement	NA	Co-Präsidentin des VCS beider Basel, Vorstandsmitglied der Alpeninitiativen	Präsidentin der Gewerkschaft VPOD

Tabelle 8: Verbleib nicht-wiedergewählter Nationalratsmitglieder

Name	Wyss, Brigit	Baettig, Dominique	Bigger, Elmar	Fuchs, Thomas	Glauser-Zufferey Alice	Graber, Jean-Pierre	Miesch, Christian	Reymond, André	Scherer, Marcel
Partei	GPS	SVP	SVP	SVP	SVP	SVP	SVP	SVP	SVP
Ausbildung	Schreinerin, Krankenschwester	Facharzt für Psychatrie	Eidg. dipl. Meisterlandwirt	Banklehre, Betriebswirt	Landwirtin	Dr. sc. techn. pol.	NA	NA	Meisterlandwirt
Berufsgruppe	Jurist	Arzt	Landwirtschaft	Finanzen	Landwirtschaft	Pädagoge	Unternehmer	Finanzen	Landwirtschaft
Alter bei Mandatsverlustes	51	58	62	45	57	65	63	71	59
Verbands-/Gewerkschaftsmitgliedschaft vor Mandat	Umweltschutzorganisationen	NA	Präsident Landwirtschaftsverband	1. Vizepräsident der Jungen SVP 2002 Bern	NA	Föderation Berner Jura of Commons	vorher Mitglied FDP	NA	NA
anschließende private Tätigkeit	Juristin im Umweltbereich	NA	Meisterlandwirt	NA	NA	NA	NA	NA	NA
anschließende Parteifunktionen	Vorstandsmitglied Grüne Solothurn	NA	Präsident SVP, Landwirtschaftliche Kommissionen	Ehrenmitglied Junge SVP Schweiz, Justizkommission	NA	NA	Vorstandsmitglied Baselbiet	NA	NA
anschließende öffentliche Funktion	Pro Naturals Projektleiterin Umweltrecht, Präsidentin Unternehmerinitiative	NA	NA	Geschäftsführer Steuerzahlerbund, Präsident Bürgerrechtsverein	NA	NA	NA	NA	NA

Tabelle 9: Verbleib nicht-wiedergewählter Ständeratsmitglieder

<b>Name</b>	Schibli, Ernst	Schlürer, Ulrich	von Rotz, Christoph	Brönnimann, Andreas	Lumengo, Ricardo	Weber-Gobet, Marie-Thérèse	Amstutz, Adrian	David, Eugen	Frick, Bruno
<b>Partei</b>	SVP	SVP	SVP	EDU	SLB	CPS	SVP	CVP	CVP
<b>Ausbildung</b>	Eidg. Dipl. Landwirt	Historiker	Diplominformatiker	NA	lic. iur.	Psychologe, Journalist	Hochbaupolier	Anwalt	lic. iur.
<b>Berufsgruppe</b>	Landwirtschaft	Pädagoge, Journalist	Informatiker	Unternehmer	Jurist	Journalistin	Unternehmer	Jurist	Jurist
<b>Alter bei Mandatsverlustes</b>	59	67	44	56	49	54	58	66	58
<b>Verbands-/Gewerkschaftsmitgliedschaft vor Mandat</b>	NA	Gründer der Flaachthal-Stiftung zur Förderung des kulturellen Lebens	NA	NA	NA	Hilfswerk, Freiburger Diabetesgesellschaft	CH Nutzfahrzeugverbandes, Exekutivrat Swiss Olympic	Fond Landschaft, Menschenrechte, Polizeibeamtenverband	VQF, VSIG, économiesuisse, PSI-Impuls, Verein PRO Spital
<b>anschließende private Tätigkeit</b>	Landwirt, Leiter des eigenen landwirtschaftlichen Betriebs	Mittelschullehrer für Geschichte in Zürich, Chefredakteur der Zeitung "Schweizerzeitung"	Präsident Verband für Wirtschaftsinformatik	Vermehrtes Engagement in der Geschäftsführung seines Unternehmens	Juristischer Berater für den Gewerkschaftsbund und das interkulturelle Begegnungszentrum	Verantwortliche für Sozialpolitik der Organisation PROCAP Schweiz	Unternehmer	Rechtsanwalt	Rechtsanwalt, Notar
<b>anschließende Parteifunktion</b>	NA	NA	NA	NA	NA	Vizepräsident in CSP, Vorstandsmitglied CSP	Vorsitzender SVP-Fraktion in der Bundesversammlung	Keine (Rückzug aus der Politik)	NA
<b>anschließende öffentliche Funktion</b>	NA	NA	NA	NA	NA	NA	seit dem 5. Dezember 2011 wieder Nationalrat	keine (Rückzug aus der Politik)	NA

